

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Eckhard Jesse / Henning Köhler

Die deutsche Revolution 1918/19
im Wandel der historischen Forschung
Forschungsüberblick und Kritik
an der „herrschenden Lehre“

ISSN 0479-611 X

B 45/78

11. November 1978

Dirk Blasius

Revolution und Revolutionsalltag
1918/19 in Deutschland

Eckhard Jesse, Diplom-Politologe, geb. 1948 in Wurzen; Verwaltungslehre, Zweiter Bildungsweg, Studium der Politikwissenschaften und der Geschichtswissenschaften an der FU Berlin (1971—1976); Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Trier.

Veröffentlichungen 1978: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung in das politische System, Berlin 1978; Parlamentarismus in Deutschland, Reihe „Zum Nachdenken“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Heft 74, Wiesbaden 1978; Demokratie — Extremismus — Terrorismus, Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ der Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 178, Bonn 1978 (i. E.); Der Streit um die „streitbare Demokratie“ (zus. mit F. Fuchs), in: M. Funke (Hrsg.), Extremismus im demokratischen Rechtsstaat, Düsseldorf 1978; Wahlen. Ein Überblick über die Neuerscheinungen der letzten Jahre, in: Der Bürger im Staat 3/1978.

Henning Köhler, Dr. phil., geb. 1938 in Berlin; seit 1972 Professor der Neueren Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967; Autonomiebewegung oder Separatismus? Die Politik der „Kölnischen Volkszeitung“ 1918/19, Berlin 1974; Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 276—307; Grundlagen und Konzeptionen der französischen Rhein- und Deutschlandpolitik, in: Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg. Actes du Colloque d'Otzenhausen, hrsg. vom Centre de Recherches „Relations internationales“ de l'Université de Metz, Metz 1975, S. 59—87.

Dirk Blasius, Dr. phil., geb. 1941; Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie in Köln und Berlin; Habilitation für Mittlere und Neuere Geschichte 1974 in Düsseldorf; seit 1974 Wissenschaftlicher Rat und Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Essen — Gesamthochschule.

Veröffentlichungen u. a.: Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz, Göttingen 1976; Lorenz v. Stein. Geschichts- und gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven (zus. mit E. Pankoke), Darmstadt 1977; Kriminalität und Alltag. Zur Konfliktgeschichte des Alltagslebens im 19. Jahrhundert, Göttingen 1978; Aufsätze zu Methodenproblemen der Geschichtswissenschaft, zur politischen Ideengeschichte, zur Sozialgeschichte des Rechts und der Medizin.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die deutsche Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung

Forschungsüberblick und Kritik an der „herrschenden Lehre“

Einleitung

Vor sechzig Jahren, am 9. November 1918, brach die Monarchie in Deutschland zusammen und die Revolution aus. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief die Republik aus, und Wilhelm II. dankte ab. Arbeiter- und Soldatenräte konstituierten sich nach russischem Vorbild in ganz Deutschland. Schon am 29. Oktober hatten die Matrosen gegen den Plan der Marineleitung zum Auslaufen gemeutert. Die Meuterei begann in Wilhelmshaven und griff schnell auf die anderen norddeutschen Küstenstädte über. Bestimmend für die folgende Zeit sollten die Ereignisse in Berlin werden. SPD und USPD bildeten einen paritätisch besetzten „Rat der Volksbeauftragten“. Die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte setzte einen „Vollzugsrat“ ein, der den „Rat der Volksbeauftragten“ bestätigte. Zwischen der SPD, die unverzüglich die Wahl einer Nationalversammlung anstrebte, und den weiter linksstehenden Gruppierungen kam es in der Folgezeit zu heftigen Auseinandersetzungen. Der vom 16. bis 21. Dezember 1918 tagende Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte erteilte dem Räteystem eine Absage und beschloß mit überwältigender Mehrheit die Wahl zur Nationalversammlung. Damit hatte sich die SPD durchgesetzt. In den daraufhin ausbrechenden Unruhen und Aufständen konnte sie mit Hilfe der Freikorps die Regierungsgewalt behaupten.

So unumstritten die (hier stark verkürzt referierten) Fakten¹⁾ auch sind, so unterschiedlich fielen und fallen die Wertungen aus. Die Beschäftigung mit der Revolution von 1918/19 und die Intensivierung der Forschung hat mittlerweile eine fast unübersehbare Flut von Veröffentlichungen hervorge-

bracht²⁾, jedoch in vielen Punkten nicht zu einem Konsens geführt, sondern zahlreiche Fragen offengelassen: Ist es angesichts der weitgehenden Kontinuität vom Kaiserreich zur Weimarer Republik überhaupt eine Revolution gewesen? Wenn ja, handelt es sich um eine „überflüssige“, eine „verratene“, eine „improvisierte“, eine „bürgerlich-demokratische“ oder eine „gescheiterte“? Wie läßt sich die Revolution zeitlich eingrenzen? Endete sie schon mit dem 9. November, mit der Wahl der Nationalversammlung im Januar 1919 oder erst nach dem Abschluß der politischen Streiks und Aufstände 1920? Diese Fragen können hier nicht diskutiert werden. Der vorliegende Beitrag soll statt dessen erhellen, wie sich der Forschungsstand gewandelt hat. Dabei ist nicht beabsichtigt, den Gang der Forschung in seinen Verästelungen vollständig zu erfassen. Vielmehr geht es darum, die Hauptlinien der Entwicklung chronologisch und an einigen Beispielen darzulegen.

Im Vordergrund steht die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeiten der DDR-Historiker finden keine Berücksichtigung. Eine Auseinandersetzung mit der durch Parteidekrete in ideologisch-eingleisige Bahnen gelenkten ostdeutschen Forschung³⁾ zur Revolution 1918/19 ist solan-

¹⁾ Vgl. die aufgeführten rund 2 500 Titel bei Georg P. Meyer, Bibliographie zur deutschen Revolution 1918/19, Göttingen 1977; siehe auch die Bibliographie in: Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918—1919. Dokumente, Hamburg 1975, S. 450—486; sowie Kurt Klotzbach, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914—1945. Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften, Christlich-Soziale Bewegungen, Kommunistische Bewegung und linke Splittergruppen, Bonn-Bad Godesberg 1974, insbes. S. 94—121.

²⁾ Vgl. hierzu Lutz Winckler, Die Novemberrevolution in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 21 (1970), S. 216—234; Alexander Decker, Die Novemberrevolution und die Geschichtswissenschaft in der DDR, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 10 (1974), S. 269—299; Horst Dähn, Die lokale und regionale Revolutions- und Rätebe-

¹⁾ Vgl. beispielsweise zum Revolutionsverlauf den prägnanten Überblick bei Hans Booms, Die Novemberereignisse 1918. Ursachen und Bedeutung einer Revolution, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 20 (1969), S. 577—604; siehe generell den Sammelband von Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972. Eine neuere wissenschaftliche Gesamtdarstellung steht bisher noch aus.

ge wenig fruchtbar, wie die — übrigens gänzlich unmarxistischen — Stereotypen von den „rechten Arbeiterführern“, die „Verrat“ an den „wahren Interessen“ der „Massen“ geübt haben sollen, dogmatischen Charakter haben. Abweichungen von den ZK-Thesen⁴⁾ aus dem Jahre 1958 lassen sich kaum ausmachen⁵⁾. Da eine marxistisch-leninistische Partei beim Ausbruch der Revolution fehlte, konnte das Proletariat nach dieser Auffassung keinen wirklichen Kampf zur eigenen Befreiung führen⁶⁾.

Der Aufsatz beschränkt sich nicht auf einen Forschungsüberblick. Die Verfasser halten es

für nötig, die heutzutage fast schon kanonische Geltung besitzende These vom „dritten Weg“ in Frage zu stellen. Die Einmütigkeit der Forschung in dieser Frage kontrastiert übrigens erstaunlich zur Vielzahl der ungeklärten und umstrittenen Probleme der Revolution 1918/19. Die von links vorgetragene Kritik richtet sich in erster Linie gegen die sozialdemokratische Führung, die 1918/19 schwere Versäumnisse begangen habe. Die Auseinandersetzung mit der „herrschenden Lehre“ kann hier allerdings nur thesenartig geschehen. Sie wird bewußt prononciert geführt, um die unterschiedlichen Positionen zu verdeutlichen.

I. Die Forschung in der Weimarer Republik und in den fünfziger Jahren

1. Weimarer Zeit

In der Zwischenkriegszeit behaupteten nationalistisch-konservative Historiker, die Heimat

wegung 1918/19 in der DDR-Geschichtsschreibung, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 452 bis 470. Diese Literaturberichte (vor allem die von Winckler und Dähn) besitzen stark apologetischen Charakter und dringen kaum in die Problematik ein.

⁴⁾ Sie sind abgedruckt in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6 (1958), S. 1—27 (Sonderheft).

⁵⁾ Dies trifft erstaunlicherweise auch für manche Publikation aus der Bundesrepublik Deutschland zu. Der Kölner Pahl-Rugenstein Verlag, der den Anschein der Unabhängigkeit zu erwecken sucht, gibt „Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht“ heraus, die „demokratische Alternativen im Schulbereich“ stärken sollen, weil das gegenwärtige Kräfteverhältnis der „Idee des Pluralismus“ widerspreche. Tatsächlich wird hier jedoch kommunistische Propaganda getrieben. Vgl. aus dieser Reihe die Schrift von Wolfgang Hiedels, Die Novemberrevolution 1918/19, Köln 1975, S. 8: „So kann der entscheidende Mangel am Vorabend der Novemberrevolution — ein Mangel, der sich auf den gesamten Verlauf der Revolution und auf ihre Ergebnisse auswirkte — durch die Feststellung gekennzeichnet werden, daß in Deutschland die konsequent proletarische Partei fehlte, die imstande gewesen wäre, die Massen ideologisch und organisatorisch auf die Revolution vorzubereiten, ihrem Kampfe Ziel und Richtung zu geben und den erfochtenen Sieg zu sichern.“ Etwas weniger plump: Dagmar Louran/Siegfried Schönlé, Unterrichtsmodell: Die Auseinandersetzung um die staatliche Neuordnung in der Novemberrevolution 1918/19, Köln 1976. Das Heft 2 dieser Reihe (Georg Fülberth u. a., Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zum 1. Weltkrieg, Köln 1974) ist in weiten Teilen ein Plagiat der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Vgl. dazu Werner Meiners, in: Neue Politische Literatur 20 (1975), S. 542 f.

sei den kämpfenden Truppen in den Rücken gefallen und habe damit die militärische Niederlage besiegelt⁷⁾. Diese schon bald als „Dolchstoßlegende“ entlarvte These vertraten u. a. Dietrich Schäfer und Georg von Below. So schrieb von Below beispielsweise im Dezember 1918: „Wenn eine Voraussetzung für deutsche Siege der ungebrochene Mut und die zähe Ausdauer der Soldaten und der Bürger in der Heimat sind, so hat ein Hindernis für deutsche Siege in der Agitation gele-

⁶⁾ Zur Kritik der DDR-Historiker an der Revolutionsforschung der Bundesrepublik Deutschland vgl. zusammenfassend Heinz Küster, Zur Novemberrevolution in Deutschland, in: Werner Berthold u. a. (Hrsg.), Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch, Köln 1973, S. 392—404. Dieses Werk aus dem Pahl-Rugenstein Verlag ist eine Lizenzaufgabe des Ost-Berliner Akademie-Verlages. Im Vorwort behauptet der Kölner Verlag, das Geschichtsbild werde „in unserem Land immer noch in erster Linie von den Verfechtern des deutschen Imperialismus bestimmt. Es wird viel Mühe darauf verwandt, das Bild der Geschichte in den Köpfen der Menschen zu manipulieren, unter Kontrolle zu behalten, die Herrschaft derer, die unser Land in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriege gestürzt haben, als letzten Endes natürliche und notwendig erscheinen zu lassen, historische Möglichkeiten und Erfolge der Beherrschten dagegen als unreal oder verwerflich hinzustellen. Es ist dringlich, den Verfälschern der Vergangenheit auf die Spur zu kommen“ (ebenda, S. IX).

⁷⁾ Vgl. als Überblick Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, „Dolchstoß“ — Diskussion und „Dolchstoßlegende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, in: Waldemar Besson (Hrsg.), Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Historische Betrachtungen und Untersuchungen. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag, Göttingen 1963, S. 122—160; siehe auch Heide Barmeyer, Geschichte als Überlieferung und Konstruktion — Das Beispiel der Dolchstoßlegende, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 28 (1977), S. 257—271.

gen, die davor gewarnt hat, an gewaltige deutsche militärische Erfolge zu glauben, und die ... die Verhältnisse an der Front und im Heimatland ganz planmäßig grau in grau gemalt hat." 8) Eine Variante der Dolchstoßtheorie lag darin, der Sozialdemokratie die Hauptschuld am Ausbruch der Revolution zu geben, da sie ihre Anhänger nicht besser unter Kontrolle gehalten und im nationalen Interesse geführt habe 9).

Daß die Geschichtswissenschaft in der Weimarer Republik das Revolutionsgeschehen generell nur verzerrt dargestellt oder aber überhaupt verdrängt hat, läßt sich keineswegs sagen 10). Vielmehr gibt es auch zu dieser Zeit bereits beachtenswerte Versuche, diese im politischen Leben der Nation trotz unübersehbarer Kontinuitäten einschneidende Zäsur jenseits der ressentimentgeladenen Reaktionen konservativer Kreise angemessen zu würdigen 11). So kommt Hans Delbrück zu einer vernichtenden Kritik der militärischen Führung: „Die Oberste Heeresleitung hat den Krieg absichtlich und verbrecherisch verspielt, denn sie hat, statt alles zu tun, den Verständigungsfrieden herbeizuführen, ihn nach Kräften zu verhindern gesucht und ihn erst angestrebt, als es zu spät war.“ 12) Friedrich Meinecke führt in seinem 1930 erschienenen Beitrag 13) eindringlich die wahren Ursachen der Novemberrevolution vor: die innen-

8) Georg von Below, Die Stellung der Hochschullehrer zu den Kriegsfragen, in: Deutschlands Erneuerung 2 (1918), S. 812.

9) Als Beispiel für diese Art der Darstellung — nicht plump wie die konservativ-reaktionäre Publizistik vom Dolchstoß zu reden, sondern in der Form der Insinuation dem gleichgesinnten Leserkreis Signale zu geben, wenn z. B. der Sozialdemokratie unterstellt wird, daß sie im Herbst 1918 „bereits Morgenluft witterte und die innenpolitische Umwälzung mit der außenpolitischen Niederlage nicht für zu teuer erkaufte hielt“ — ist heranzuziehen: Fritz Hartung, Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles 1871—1919, Bonn/Leipzig 1924², S. 361 (vom „Dolchstoß“ selbst spricht Hartung erst in der 4. Aufl. von 1939).

10) Dies berücksichtigt nicht genügend Karen Thiessenhusen, Politische Kommentare deutscher Historiker zur Revolution und Neuordnung 1918/19, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 45/69, S. 3—63. Gekürzt ist der Beitrag abgedruckt bei Eberhard Kolb (Hrsg.), a. a. O., 349—368.

11) Vgl. hierzu die Studie von Kurt Töpner, Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer, Göttingen 1970.

12) Hans Delbrück, Ludendorffs Selbstporträt, Berlin 1922, S. 63.

13) Vgl. Friedrich Meinecke, Die Revolution. Ursachen und Tatsachen, in: Gerhard Anshütz und Richard Thoma (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, Tübingen 1930, S. 95—119.

INHALT

Einleitung

- I. Die Forschung in der Weimarer Republik und in den fünfziger Jahren
 1. Weimarer Zeit
 2. Fünfziger Jahre
- II. Der Wandel in der westdeutschen Forschung
 1. Rezeption des Werkes von Arthur Rosenberg
 2. Eberhard Kolb
 3. Peter von Oertzen
- III. 1968 — Fünfzig Jahre „Novemberrevolution“
 1. Propagierung der Räte­demokratie: Wilfried Gottschalch
 2. Propagierung der „Verrats“-These: Sebastian Haffner
- IV. Forschung der siebziger Jahre
 1. Sammelband zur lokalen „Rätebewegung“ 1918/19
 2. Ulrich Kluges Arbeit über die Soldatenräte
 3. Horst Dähns Werk über die räte­demokratischen Modelle
 4. Ergebnis
- V. Einwände gegenüber der „herrschenden Lehre“
 1. Konstruktion einer „Rätebewegung“
 2. Verharmlosung der linksradikalen Bedrohung
 3. Probleme einer Neuordnung
 4. Beispiel: Demokratisierung der Verwaltung
 5. Außenpolitische Hindernisse
 6. Mangelnde demokratische Legitimität der Räte
 7. Überbetonung der Weichenstellung von 1918/19

Zusammenfassung

politischen Versäumnisse während des Krieges durch die Regierung und die vom Wahlrecht in Preußen privilegierten Schichten sowie die militärischen Fehlentscheidungen und die von der militärischen Führung verlangte permanente Überspannung der eigenen Kräfte. Mit einer für diesen Zeitpunkt erstaunlichen Klarsicht kritisierte Meinecke auch den Entschluß, die Flotte Ende Oktober auslaufen zu lassen 14). Dies gilt sowohl für die Eigen-

14) Bedenkt man, daß Erdmann noch 1959 den Flottenvorstoß als „militärisch vernünftigen Entschluß“ bewertet hat, ist dieser Durchblick um so höher zu veranschlagen. Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Stuttgart 1959⁸, Bd. 4, S. 78. In der 9. Auflage (Stuttgart 1973, Bd. 4/1, S. 141) verteidigt er zwar nicht mehr den

mächtigkeit der Entscheidung der Marineleitung als auch für die Bereitschaft zum „heroischen Untergang“, die dann die Initialzündung zur Revolte abgeben sollte.

Meineckes Urteil über die Marine ist — trotz verbaler Zurückhaltung — in der Sache vernichtend: „So konnte das anscheinend so Widerspruchsvolle geschehen, daß die Marineoffiziere zuerst der Möglichkeit des ehrenvollen Unterganges heroisch ins Auge sahen und dann doch den Degen in der Scheide behielten, als die Massen der Meuterer sie umringten. Sie handelten darin eigentlich grundsätzlich ähnlich wie die Meuterer selbst, die von heroischem Untergang nichts wissen wollten.“¹⁵⁾ In den Arbeiter- und Soldatenräten konnte Meinecke jedoch keine geschichtsbildende Kraft, sondern nur — offensichtlich geprägt von den eigenen Berliner Eindrücken — „einen Ansatzpunkt zur Bolschewisierung Deutschlands“ sehen, wie überhaupt das Geschehen der Novembertage sich ihm in erster Linie als Zusammenbruch präsentiert hat. Der Mehrheitssozialdemokratie wird „das historische Verdienst“ zugesprochen, daß sie „die unvermeidlich gewordene Revolution ‚aufgefangen‘ und den Zusammenstoß der proletarischen mit der bürgerlichen Welt gemildert hat durch die Parole der reinen Demokratie, innerhalb deren ein dauerhafter sozialer Frieden in Zukunft allein noch möglich war“¹⁶⁾. Die sozialdemokratische Memoirenliteratur in der Weimarer Republik interpretierte die „Novemberrevolution“ ebenfalls hauptsächlich unter dem Aspekt der Auseinandersetzung mit der radikalen Linken¹⁷⁾.

„militärisch sinnvollen Entschluß“, breitet dafür aber überraschende strategische Überlegungen aus: „Ein Vorstoß in den Kanal und gegen die englische Küste konnte durch eine zeitweilige Unterbrechung des Nachschubweges zwischen England und Frankreich der kämpfenden Front eine gewisse Entlastung bringen. Er konnte verhindern helfen, daß aus dem in schweren Kämpfen langsam zurückweichenden Westheer eine in die Flucht geschlagene Armee wurde, wenn auch eine entscheidende Wende des deutschen Schicksals von einem Einsatz der Flotte nicht mehr zu erwarten war.“ Tatsächlich verliefen jedoch die alliierten Nachschubwege im Kanal westlich von Dover und waren für die deutsche Flotte nicht mehr erreichbar; auch die Entlastung der flämischen Küste und damit des Westheeres zum Rückzug erübrigte sich, da Ende Oktober Flandern bereits geräumt war. Vgl. allgemein zur Strategie der Seekriegsleistung Bernd Stegemann, *Die deutsche Marinepolitik 1916—1918*, Berlin 1970.

¹⁵⁾ Friedrich Meinecke, a. a. O., S. 112.

¹⁶⁾ Ebenda, S. 118.

¹⁷⁾ Vgl. u. a. Gustav Noske, *Von Kiel bis Kapp*, Berlin 1920; Philipp Scheidemann, *Der Zusammenbruch*, Berlin 1921; Hermann Müller, *Die November-Revolution. Erinnerungen*, Berlin 1928.

2. Fünfziger Jahre

Nach 1945 vernachlässigte die Geschichtswissenschaft den Umbruch von 1918/19 zunächst fast vollständig. Die Diskussion um das Ende der Weimarer Republik nahm — verständlicherweise — einen viel höheren Rang ein¹⁸⁾. Soweit die Forschung sich mit der Novemberrevolution auseinandersetzte, hielt sie sich zunächst weitgehend in dem Interpretationsrahmen, den die sozialdemokratische Seite in der Weimarer Republik vorgegeben hatte. Auch der Aufsatz von Georg Kotowski „Die deutsche Novemberrevolution“ aus dem Jahre 1960 ist hierfür noch typisch¹⁹⁾. Kotowski betont die erhebliche Bedrohung durch eine bolschewistische Revolution: „Die Gefahr, daß eine linksradikale Revolution zu einer bolschewistischen werden und sich dann mit der russischen verbinden würde, wurde stets als drohend empfunden. Trat das aber ein, so war ein Bürgerkrieg größten Ausmaßes kaum noch zu verhindern, und es mußte als ausgeschlossen gelten, daß die Siegermächte des Ersten Weltkriegs unter diesen Umständen auf eine Intervention verzichten hätten.“²⁰⁾ Friedrich Ebert wird das Verdienst zugeschrieben, einen längeren Bürgerkrieg und einen gewaltsamen Umsturz verhindert zu haben.

Karl Dietrich Erdmann hatte diese Beurteilung — in den fünfziger Jahren weitgehend allgemeine Ansicht der Forschung — schon vorher alternativ zugespitzt, es habe 1918/19 nur „die Wahl zwischen einem konkreten Entweder-Oder (gegeben): die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps“²¹⁾. Auf diesen einen Satz bezog sich fortan die in der jüngeren Forschung fast selbstverständlich gewordene Ablehnung²²⁾ der „These“ Erdmanns.

¹⁸⁾ Vgl. hierzu das Standardwerk von Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie* (1955), Villingen 1971⁵.

¹⁹⁾ Vgl. Georg Kotowski, *Die deutsche Novemberrevolution*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B 49/60, S. 763—770.

²⁰⁾ Ebenda, S. 767.

²¹⁾ Karl Dietrich Erdmann, *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 7.

²²⁾ Zuerst wurde sie zurückgewiesen von Erich Matthias, *Zur Geschichte der Weimarer Republik*, in: *Die Neue Gesellschaft* 3 (1956), S. 312—320.

1. Rezeption des Werkes von Arthur Rosenberg

Bestimmend für den Wandel in der Forschung sollte die — erst spät einsetzende — Rezeption des Werkes von Arthur Rosenberg²³⁾ werden, übte es doch einen nachhaltigen, kaum zu überschätzenden Einfluß aus. Aus der einmaligen Mischung des gelernten (Alt-)Historikers und aktiven Politikers²⁴⁾, der als Vertreter der KPD im Reichstag gesessen, im Zuge der Stalinisierungspolitik die Partei jedoch 1927 verlassen hatte und so Erkenntnisse und Erfahrungen über die deutsche Arbeiterbewegung mitbrachte, die einem „bürgerlichen“ Historiker damals verschlossen waren, resultiert ein wesentlich anderes Verständnis der „Novemberrevolution“. Dabei bleibt festzuhalten: Auch seine Schilderung des Revolutionsverlaufes orientiert sich vor allem an den in Berlin sich abspielenden Ereignissen und den damit gegebenen Stufen der Radikalisierung. Die drei miteinander konkurrierenden sozialistischen Parteien stellt Rosenberg abgewogen vor. In einer Klarheit, wie sie vielen neueren Arbeiten abgeht, kritisiert Rosenberg zugleich die Unfähigkeit und Rücksichtslosigkeit radikaler Gruppen, die zur Entstehung einer bürgerkriegsähnlichen Situation beitrugen. „Nur in der deutschen Revolution, mit ihrer trostlosen politischen Verwirrung und Rückständigkeit, mit dem Mangel an politischer Klarheit bei fast allen beteiligten Personen und Tendenzen, war es möglich, daß wegen der 80 000 Mark der Matrosen (der Volksmarinedivision, die Verf.) und wegen der Launen Emil Eichhorns (des Berliner USPD-Polizeipräsidenten, die Verf.) die schwersten Krisen ausbrachen.“²⁵⁾

Was jedoch die Einzigartigkeit der Stellung Rosenbergs für die westdeutsche Revolutionshistoriographie ausmacht, war nicht so sehr die Darstellung des Ereignisablaufs, sondern die Charakterisierung der Ausgangsposition

²³⁾ Vgl. Arthur Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik* (1928), hrsg. v. Kurt Kersten, Köln 1974¹⁴⁾; ders., *Geschichte der Weimarer Republik* (1935), hrsg. v. Kurt Kersten, Köln 1975¹⁷⁾; ders., *Zum 9. November (1933)*, in: ders., *Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien*, hrsg. und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. u. a. 1974, S. 209—216. Siehe auch Anmerkung 124.

²⁴⁾ Zur Person Rosenbergs vgl. die Skizze von Helmut Berding, Arthur Rosenberg, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Bd. IV, Göttingen 1972, S. 81—96.

²⁵⁾ Arthur Rosenberg, *Geschichte ...*, a. a. O., S. 55.

unmittelbar nach dem Umsturz sowie die positive Einschätzung der Räte. Der ausgebliebene Widerstand gegen den Umsturz wurde so gedeutet, als ob die Möglichkeit zu einem wirklichen Neuanfang gegeben gewesen sei. Rosenberg erklärt die Bildung von Arbeiterräten in der russischen Revolution als eine improvisierte Maßnahme, gab es doch bis zu diesem Zeitpunkt in Rußland weder Gewerkschaften noch Parteiorganisationen, die die auftauchenden politischen Probleme zu lösen bzw. politische Leitungsfunktionen auszuüben vermocht hätten. Auf die Problematik freilich, warum in Deutschland mit der hervorragend organisierten Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften nun ebenfalls derartige Räte entstanden und ob sie angesichts der voll ausgebildeten Partei- und Gewerkschaftsorganisationen wirklich notwendig waren, ging er nicht ein²⁶⁾.

Rosenberg vermittelte die Vorstellung, „daß die breite Mitte der gemäßigt sozialistisch-demokratischen deutschen Arbeiterschaft zugleich zum Kristallisationskern und zum sozialen Träger eines nationalen demokratischen Integrationsprozesses hätte werden können“²⁷⁾. Aufgeworfen war damit zugleich die Frage nach dem organisatorischen Rahmen, in dem dieses demokratisch-sozialistische Potential erfaßt und repräsentiert werden sollte.

2. Eberhard Kolb

Dieser neue Interpretationsansatz ist durch die Studie von Eberhard Kolb²⁸⁾ über die Arbeiterräte höchst erfolgreich verwandt worden, nachdem einige Jahre zuvor Walter Tormin²⁹⁾ auf einer (zeitbedingt) schmalen Quel-

²⁶⁾ Auf diese Fragen haben Reinhard Rürup, Eberhard Kolb und Gerald D. Feldman — *Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917—1920)*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 13 (1972), S. 84—105 — die Antwort gegeben, daß die oppositionellen Massenbewegungen sich gegen die bestehenden sozialistischen Organisationen wandten und ihre organisatorische Form in den Arbeiter- und Soldatenräten fanden. Die Definition der „revolutionären Massen“ bleibt freilich höchst problematisch: „Der Begriff der ‚revolutionären Massen‘ ist zwar nicht ganz unabhängig von Größenordnungen, aber er ist in erster Linie zweifellos nicht ein statistischer, sondern ein politischer Begriff“ (ebenda, S. 85).

²⁷⁾ So Erich Matthias, a. a. O., S. 313.

²⁸⁾ Vgl. Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918—1919*, Düsseldorf 1962.

²⁹⁾ Vgl. Walter Tormin, *Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Räte-*

lenbasis einen ersten beachtlichen Versuch unternommen hatte, das Phänomen der politisch gemäßigten Rätebewegung in der „Novemberrevolution“ aufzuhellen. Die Entstehung der Räte läßt sich nach Tormin dabei nicht auf bolschewistische Einflüsse zurückführen. Mit der Arbeit von Kolb, die mehr bietet als der Titel verrät, da es sich notwendigerweise zugleich auch um die Darstellung der wichtigsten Entwicklungslinien der „Novemberrevolution“ handelt, beginnt ein neuer Abschnitt der Revolutionshistoriographie. Kolb versucht die Entstehung, das Wirken und die Ausschaltung der deutschen Arbeiterräte zu erfassen.

Der umfangreichere erste Teil ist ein am zeitlichen Ablauf orientierter Abriß des Revolutionsgeschehens, der zweite spürt typische Strukturen in der Erscheinungsform der Arbeiterräte auf. Dabei unterscheidet Kolb strikt zwischen den „radikalen Arbeiterräten“ und den „demokratischen Arbeiterräten“. Die Untersuchung Kolbs hat ihren Schwerpunkt in der Analyse der Politik Eberts und der SPD-Führung, die er — z. T. heftig — kritisiert. So arbeitet Kolb die verschiedenen Manöver und Manipulationen gegenüber den Räten heraus wie z. B. die Pressekampagne über die Mißwirtschaft der Räte. Indem der Autor von der objektiven Schwäche der Linksradiكالen — sowohl in numerischer als auch organisatorischer Hinsicht — ausgeht, erkennt er einen weitaus größeren Handlungsspielraum, als ihn die SPD-Führung in ihrer Fixierung auf die möglichst rasche Einberufung der Nationalversammlung angenommen hatte. Damit lehnt er zugleich die Gültigkeit der u. a. von Erdmann behaupteten simplen Alternative ab und stellt demgegenüber die These auf, die Gefahr einer bolschewistischen Machtergreifung habe keineswegs bestanden. Die Situation sei vielmehr offen gewesen, so daß die demokratisch eingestellten Räte die Verwaltung tiefgreifend hätten reformieren können. Kolb verweist darauf, daß die überwiegende Anzahl der Arbeiterräte nicht die Diktatur des Proletariats anstrebte. Die Führer der SPD, dies versucht Kolb zu belegen, überbewerteten die Stärke der Linksradiكالen in dem Maße, wie sie die Gefährlichkeit der alten Mächte in Verwaltung, Wirtschaft und Militär unterschätzten. Die hier ausgebliebenen Reformen und das Zu-

bewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954; s. auch ders., Die deutschen Parteien und die Bolschewiki im Weltkrieg, in: Helmut Neubauer (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution, Stuttgart u. a. 1968, S. 54—68.

sammenwirken der SPD mit den Freikorps haben nach Kolb zum Teil erst die (spätere) Radikalisierung und Polarisierung provoziert.

Während diejenigen Abschnitte seines Buches, die die Politik der Volksbeauftragten, der Spartakisten oder ihrer Führer abhandeln, sich durch Prägnanz auszeichnen, sind die Kapitel, die speziell auf die Räte eingehen, eigenartig unscharf und bleiben in eher formalen Ausführungen stecken. Das ist nach der Natur der Dinge nicht weiter erstaunlich, da von einem einzelnen, der noch dazu weitgehend Neuland betrat, nicht zugleich die abschließende und vertiefte Analyse der Räte in den einzelnen Städten und Ländern geleistet werden konnte. So erscheinen die Räte in einem diffusen Licht. Welche Aussagekraft hat z. B. ihre Tätigkeit in den preußischen Ostprovinzen, die Kolb relativ ausführlich berücksichtigt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese angesichts der agrarisch-konservativen Mehrheit nur eine Außenseiterrolle spielen konnten? An der Wünschbarkeit, das von Landräten, Gutsbesitzern und Pfarrern repräsentierte konservative Machtkartell zu zerstören, ist nicht zu zweifeln; aber wie sollten dies Arbeiterräte — in ostpreußischen Landstädten etwa — bewerkstelligen, ohne daß die bürgerlich-konservative Mehrheit derartige Aktivitäten als Provokationen mit der Konsequenz einer Reaktion zur äußersten Rechten hin empfunden hätte?

Die nicht zu bestreitende und heutzutage auch keineswegs ernsthaft in Frage gestellte politische Mäßigung der meisten Räte ist — für sich genommen — wenig aussagekräftig. Die leidenschaftliche Ablehnung und Bekämpfung dieser Einrichtungen richtete sich in erster Linie gegen die provokativ auftretenden radikalen Räte und die Gefahren, die sich bei einer Ausbreitung derartiger Aktivitäten ergeben konnten. Entscheidend bleibt vielmehr: Eigneten sich Räte — mochten sie noch so demokratisch zusammengesetzt sein — überhaupt für die Gestaltung der politischen Neuordnung, speziell für die Demokratisierung der Verwaltung? Ferner läßt Kolb die nicht unwichtigen Fragen offen, ob das Räte-system mit der parlamentarischen Demokratie kollidiert und inwieweit ein Ausbau der Räte ein Hinausschieben der Wahlen bedeutet hätte.

Der Autor räumt an einer Stelle selbst ein, die Organisierung der Räte und ihre Strukturierung, aufgrund deren man überhaupt von einer Bewegung sprechen könnte, sei Ende Dezember 1918 erst annähernd erreicht gewesen, so daß Chancen für ihre Weiterentwick-

lung in Richtung auf eine sinnvolle Integration in das politische Leben bereits nicht mehr bestanden: „Es kennzeichnet die Entwicklung der Arbeiterräte in der deutschen Revolutionsbewegung 1918/19, daß diese Bewußtwerdung erst in jenem Zeitpunkt zu greifbaren Ergebnissen führte, in dem ihnen bereits die machtpolitischen Grundlagen ihrer Wirksamkeit entzogen waren.“³⁰⁾

Kolb hat mit immensem Arbeitsaufwand unter Heranziehung neuer Quellen und Materialien eine große Darstellung geliefert, die den bis dahin ‚gesicherten‘ Stand der Forschung nachhaltig erschütterte. Der entscheidende Punkt seiner These vom demokratischen Potential der Arbeiterräte³¹⁾ blieb jedoch schwach begründet. Um so überraschender ist es, daß die Kritik der etablierten, keineswegs im Geruch besonderer Fortschrittlichkeit stehenden westdeutschen Geschichtswissenschaft eigenartig verhalten blieb³²⁾. Zu einer Kontroverse³³⁾ kam es nicht, obwohl Kolbs Ausführungen 1962 — unter den Fachhistorikern — sicherlich mehr Ablehnung als Zustimmung gefunden hatten.

3. Peter von Oertzen

Kurze Zeit nach Kolbs Arbeit erschien die politikwissenschaftliche, stärker systematisch angelegte Studie Peter von Oertzens über die „Betriebsräte in der Novemberrevolution“³⁴⁾. Der Titel ist irreführend, denn von

Betriebsräten im eigentlichen Sinne in der Novemberrevolution, versteht man darunter den Zeitraum vom Umsturz im November bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung, ist kaum die Rede³⁵⁾. Vielmehr behandelt von Oertzen vor allem — im Gegensatz zu Kolb, der sich auf die erste Phase der Revolution konzentriert — die seit Januar 1919 sich entwickelnden Streik- und Aufstandsbewegungen in den Industriezentren des Ruhrgebietes und Mitteldeutschlands sowie die Theorien, Diskussionen und Bestrebungen zur Etablierung der Räte im Wirtschaftsleben und der Bestimmung ihrer Funktionen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene.

Die hier analysierten Aktivitäten waren primär Rückzugsgefechte linkssozialistisch-kommunistischer Gruppierungen, welche in ihren Hochburgen die Entscheidung der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft gegen eine sozialistische Entwicklung nicht akzeptieren wollten. Den radikalen Tenor dieser Bewegung kaschiert von Oertzen keineswegs: „Der Inhalt war die ... Vorstellung einer unmittelbaren, die gesamte Klasse umfassende Selbstregierung der Arbeiter ‚als solche.‘“³⁶⁾ Von Oertzen erteilt einer derartigen „proletarischen Demokratie“ keine Absage, kehrt vielmehr die These Erdmanns um: „Die einzige wirkliche Alternative zur bürgerlichen Demokratie war nicht der ‚Bolschewismus‘, sondern eine auf die Räte gestützte soziale Demokratie.“³⁷⁾ Dabei vertritt er die Auffassung, eine auf dem Räteystem basierende Wirtschaftsstruktur könne die Basis einer parlamentarischen Demokratie bilden. Gegenüber Kolb hat er damit eine erhebliche Verschärfung vorgenommen. Von Oertzen arbeitet wohl die Frontstellung der Räte gegenüber den Gewerkschaften heraus, berücksichtigt jedoch nicht, daß die Gewerkschaftsführung unter Legien und Leipart auf dem Gewerkschaftskongreß im Juni 1919 trotz ihrer rechtssozialistischen Kriegspolitik und ihrer scharfen Ablehnung dieser linken Rätebewegung mit großer Mehrheit in den Ämtern bestätigt wurde. Das ist bei dem ungeheuren

³⁰⁾ Vgl. Eberhard Kolb, a. a. O., S. 86.

³¹⁾ Vgl. in gleichem Sinne ders., Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19, in: Helmut Neubauer (Hrsg.), a. a. O., S. 94—110.

³²⁾ Das Schweigen vieler Historiker oder die (weitgehende) Hinnahme der Auffassungen Kolbs kontrastierte auffallend zu dem erbitterten Widerstand, den die Kriegsschuldthesen von Fritz Fischer hervorgerufen haben. Vgl. hierzu (allerdings parteinehmend) Imanuel Geiss, Die Fischer-Kontroverse. Ein kritischer Beitrag zum Verhältnis zwischen Historiographie und Politik in der Bundesrepublik, in: ders., Studien über Geschichte und Geschichtswissenschaft, Frankfurt/M. 1972, S. 108—198.

³³⁾ Vgl. am ehesten noch die Diskussion auf dem deutschen Historikertag von 1964: „Das Problem der Räte bei der Entstehung der Weimarer Republik“, in: Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin, 7. bis 11. Oktober 1964, Stuttgart 1965, S. 42—51 (Beiheft 26 der Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“).

³⁴⁾ Vgl. Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963. Eine um Auszüge aus dem für die „Industriegewerkschaft Metall“ erstellten Gutachten „Die Probleme der wirtschaftlichen Neuordnung und der

Mitbestimmung in der Revolution von 1918“ erweiterte, sonst aber unverändert gebliebene Ausgabe erschien vor kurzem (Bonn-Bad Godesberg 1976).

³⁵⁾ Auch Richard Müller, der Vorsitzende des Berliner Vollzugsrates, ließ in seinem Koreferat über die Betriebsräte, das er auf dem Gewerkschaftskongreß im Juni 1919 hielt, die Praxis der Betriebsräte unberücksichtigt. Vgl. Protokolle der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1919, S. 434—452.

³⁶⁾ Peter von Oertzen, a. a. O., S. 297.

³⁷⁾ Ebenda, S. 67.

Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften seit Kriegsende um so bemerkenswerter, als die Basis dadurch einen hohen Anteil von noch

nicht „richtig“ Organisierten bzw. in die Disziplin der gewerkschaftlichen Organisationen eingewöhnten Mitgliedern aufwies.

III. 1968 — Fünfzig Jahre „Novemberrevolution“

Die Thesen Kolbs und von Oertzens setzten sich sowohl in der Forschung³⁸⁾ als auch — überraschend schnell — in der Öffentlichkeit³⁹⁾ durch. Daß diese neuere Forschung das Bild von der „Novemberrevolution“ ganz entscheidend geprägt hat, zeigte sich besonders 1968⁴⁰⁾. Zu diesem Zeitpunkt legte Reinhard Rürup eine bündige Zusammenfassung vor, bei der er sich in zugespielter Form die Thesen Rosenbergs und Kolbs zu eigen machte⁴¹⁾. Auffallend und originell war dabei der Nachdruck, mit dem er betonte, es habe sich im November 1918 tatsächlich um eine Revolution und nicht etwa nur um einen Zusammenbruch gehandelt. Das Kriterium dafür sah Rürup überraschenderweise darin, daß eine revolutionäre Massenbewegung „prinzipieller Natur“ entstanden sei, die über ein „Programm“ verfügte und es zu verwirklichen suchte⁴²⁾. Was der Autor darunter versteht, hat wenig mit näher bestimmbar

politischen Zielen zu tun, denn dieses „Programm“ sah keine Anleitung zu konkretem Handeln vor, sondern zielte auf Visionäres: „Es meinte die Befreiung der großen Mehrheit des Volkes von politischen und sozialen Abhängigkeiten und die Begründung einer Verfassung der Freiheit.“⁴³⁾ Inzwischen hat Rürup seine kühne These noch weiter akzentuiert⁴⁴⁾.

Durch das Zusammenfallen des 50. Jahrestages der „Novemberrevolution“ mit dem Höhepunkt der Studentenbewegung und der Aktivitäten der außerparlamentarischen Opposition fanden die Ereignisse von 1918/19 in der Öffentlichkeit ein erhöhtes Interesse. Zeitungen und Zeitschriften widmeten sich ausführlich dieser Thematik, teilweise in Serienform („Die Welt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Der Spiegel“, „Der Stern“). Zu den kennzeichnendsten Aspekten der Diskussion Ende der sechziger Jahre gehörten zwei Bereiche: Zum einen entbrannte der Streit darüber, ob das Räte

³⁸⁾ Vgl. folgende Literaturberichte: Reinhard Rürup, Rätebewegung und Revolution in Deutschland 1918/19, in: Neue Politische Literatur 12 (1967), S. 303—315; Udo Bernbach, Das Scheitern des Räte

³⁹⁾ Vgl. Jens Petersen u. a. 1918—1968. Der Fünfzigste Jahrestag der Novemberrevolution im Spiegel der deutschen Presse, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 20 (1969), S. 454—478.

⁴⁰⁾ Vgl. als eine der Ausnahmen: Paul Kluge, Die deutsche Novemberrevolution 1918 im Rückblick, in: Karl-Heinz Manegold (Hrsg.), Wissenschaft, Wirtschaft und Technik. Studien zur Geschichte. Wilhelm Treue zum 60. Geburtstag, München 1969, S. 70—84.

⁴¹⁾ Vgl. Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968. (Eine geringfügig gekürzte Fassung erschien in: Journal of Contemporary History 3 [1968], S. 109—135.) Gerhard A. Ritter hat mit einiger Verspätung (in: Historische Zeitschrift 216 [1973], S. 713—716) die Ausführungen Rürups umfassend gewürdigt. Wenn gleich er den Vortrag als „gedankenreichen“ Diskussionsbeitrag mit „wertvollen“ Anregungen lobt, bleiben doch seine Einwände gewichtig.

⁴²⁾ Vgl. demgegenüber Jörg Berlin (Strukturkrise des Deutschen Reichs — Die Revolution 1918/19, in: Imanuel Geiss/Rainer Tamchina [Hrsg.], Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 2: Revolution — ein historischer Längsschnitt, München 1974, S. 141), der, obwohl er die These vom „dritten Weg“ durchaus teilt, das „Fehlen eines Programms“ der Räte konzediert.

1. Propagierung der Räte

Die Parole linker Studenten „Alle Macht den Räten“ hob die Räte

⁴³⁾ Reinhard Rürup, Probleme . . . , a. a. O., S. 50.

⁴⁴⁾ Vgl. Rürups Ausführungen in dem in Anmerkung 75 genannten Werk.

⁴⁵⁾ Vgl. Oskar Anweiler, Der revolutionsgeschichtliche Zusammenhang des Räteproblems, in: Probleme der Demokratie heute, Sonderheft 2 der Politischen Vierteljahresschrift 1970, Opladen 1971, S. 56—69.

⁴⁶⁾ Vgl. Peter Lösche, Räte

tersuchten auf vorwiegend historischer Basis Probleme des Rätesystems; Udo Bernbach⁴⁷⁾ und Jürgen Fijalkowski⁴⁸⁾ erörterten neben organisationssoziologischen Fragen vor allem die Möglichkeit, rätedemokratische Elemente in Teilbereichen des parlamentarischen Systems zu verwenden. Während sie allesamt eher zu einer skeptischen Beurteilung des Rätesystems gelangten, kamen Wilfried Gottschalch⁴⁹⁾ und Bernd Rabehl⁵⁰⁾ zu umgekehrten Schlußfolgerungen.

Inzwischen ist der — kurzatmige — Ruf nach den Räten völlig verstummt⁵¹⁾; auch ein Einbau rätedemokratischer Elemente in das parlamentarisch-repräsentative System wird kaum noch gefordert. Vor zehn Jahren galt eine solche Forderung als ein Beweis für Reformaufgeschlossenheit. Inzwischen hat die Forschung jedoch die mangelnde Tauglichkeit des Rätesystems überzeugend nachgewiesen⁵²⁾. Es ist für die Lösung der komplizierten Probleme einer hochindustrialisierten Gesellschaft ungeeignet und läßt sich mit einer parlamentarischen Demokratie nicht vereinbaren⁵³⁾. Wengleich das Grundgesetz einen breiten Spielraum für alternative Gesellschaftskonzepte bietet, versteht es sich doch — nach den Erfahrungen aus der Weimarer Republik — als eine wertgebundene Ordnung, die bestimmte Prinzipien, wie die Gewaltenteilung, nicht zur Disposition stellt.

Wie kurzschlüssig die theoretische Beschäftigung mit dem Rätesystem war, zeigt Gottschalchs Beitrag auf der Politologentagung, der hier — exemplarisch — behandelt wird. Gottschalchs Behauptung, ein Rätesystem könne nur in einer homogenen Gesellschaft, d. h. — nach seinem Selbstverständnis — auf der

Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse, funktionsfähig sein, gibt zu einer Reihe von Fragen Anlaß: Kann es überhaupt eine homogene Gesellschaft geben? Wenn ja, wäre sie wünschenswert? Wie soll eine homogene Gesellschaft gebildet und wie gewährleistet werden, daß sie homogen bleibt? Reicht ein formales Kriterium (sozialistische Produktionsverhältnisse) zur Unterscheidung von „antagonistischen“ und „homogenen“ Gesellschaften aus? Wäre eine homogene Gesellschaft mit pluralistischen Prinzipien vereinbar? Gottschalch erweist sich in diesem Punkt als (unfreiwilliger) Nachfahre Carl Schmitts, der offen bekannte: „Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens — nötigenfalls — die Ausschcheidung oder Vernichtung des Heterogenen.“⁵⁴⁾ In einer Gesellschaft, wie sie Gottschalch vorschwebt, darf das, was den Kern der Homogenität ausmacht (laut Gottschalch: die sozialistischen Produktionsverhältnisse) nicht geändert werden. Dies ist keine böswillige Unterstellung, sondern eine systemimmanente Konsequenz aus den Prämissen Gottschalchs. Eine Rätedemokratie, die es zuließe, daß die Voraussetzungen, die sie erst ermöglichen, in Frage gestellt werden können, gäbe sich selbst auf. Eine homogene Gesellschaft, ja schon das Streben nach einem Höchstmaß an Homogenität, unterliegt immer der Gefahr, totalitäre Strukturen hervorzu- bringen, da die Homogenitätsvorstellungen monistischen Ursprungs sind und die Legitimität mehrerer konkurrierender Interessen negieren⁵⁵⁾.

Keine überzeugende Antwort vermag Gottschalch auf das Problem zu geben, wie sich die Spannungen von Zentralismus und Dezentralismus in einem Rätesystem lösen lassen. Einerseits sollen möglichst viele Entscheidungen durch die unmittelbare Mitwirkung des Volkes fallen, andererseits findet das Recht der Selbstverwaltung dort seine Grenzen, wo das „Wohl der gesamten Bevölkerung“⁵⁶⁾ bedroht ist. Dagegen erhebt er an anderer Stelle gegenüber den Parteien im parlamentarischen Staat den Vorwurf, daß sie sich „an einem

⁴⁷⁾ Vgl. Udo Bernbach, Rätesystem als Alternative? Zum Repräsentationscharakter direkt-demokratischer Organisationsprinzipien, in: Ebenda, S. 110—138.

⁴⁸⁾ Vgl. Jürgen Fijalkowski, Bemerkungen zu Sinn und Grenzen der Rätediskussion, in: Ebenda, S. 140—152.

⁴⁹⁾ Vgl. Wilfried Gottschalch, Modelltheoretische Darlegungen zum Problem der Rätedemokratie, in: Ebenda, S. 86—95.

⁵⁰⁾ Vgl. Bernd Rabehl, Thesen zur Rätedemokratie, in: Ebenda, S. 96—109.

⁵¹⁾ Vgl. den Literaturbericht von Herbert Kühr, Die halbe Macht den Räten?, in: Neue Politische Literatur 22 (1977), S. 1—18.

⁵²⁾ Vgl. vor allem die scharfsichtige Auseinandersetzung mit der Rätetheorie von Paul Kevenhörter, Das Rätesystem als Instrument zur Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Macht, Opladen 1974.

⁵³⁾ Anderer Ansicht ist Peter von Oertzen, Freiheitliche demokratische Grundordnung, in: Politische Bildung 2 (1969), S. 14—25.

⁵⁴⁾ Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1926), Berlin 1969⁴, S. 14.

⁵⁵⁾ Die Verfasser orientieren sich hier an der Demokratie-theorie von Fraenkel, der dem Homogenitätsanspruch Rousseaus und seiner (linken wie rechten) Nachfolger eine Absage erteilt. Vgl. etwa den Sammelband: Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart u. a. 1974⁸.

⁵⁶⁾ Wilfried Gottschalch, a. a. O., S. 89.

oft gar nicht feststellbaren Gemeinwohl — Gustav Radbruch nannte das Gerede vom Allgemeinwohl die „Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“ — orientieren“⁵⁷⁾. Gottschalchs Propagierung eines Zweikammernsystems nach den Vorstellungen Max Cohens, das „auf der Rechten wegen ... (der) korporativen, berufsständischen Elemente große Sympathien“⁵⁸⁾ fand, wirft erneut die Frage auf, inwieweit die Übereinstimmung rechter und linker antiparlamentarischer Ideologien grundsätzlicher Natur ist: „Diese eindeutige konservative Uminterpretation der Räteidee sollte den Befürwortern eines Räte-systems zu denken geben, ob nicht auch der antiparlamentarische Affekt in den Rätetheorien die Kehrseite zum wilhelminisch-obrigkeitsstaatlichen Antiparlamentarismus bildet.“⁵⁹⁾

Gottschalch meint (im Gegensatz zu anderen Räteanhängern) auf einen „neuen Menschen“ verzichten zu können, da in einer Gesellschaft, in der „eine Herabsetzung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit auf ein Bruchteil der heute geforderten möglich wird“⁶⁰⁾, der Mensch anders motiviert und politisch bewußter sei. Aber, so bleibt zu fragen, kollidiert die These von der homogenen Gesellschaft nicht mit der von der stärkeren politischen Beteiligung der Bürger? Gottschalchs Feststellung läßt sich umkehren: Je stärker die gesellschaftlichen Spannungen, um so höher das politische Engagement, je homogener die Gesellschaft, um so verbreiteter die politische Apathie. Wie Carl Schmitt

⁵⁷⁾ Ders., *Parlamentarismus und Räte-demokratie*, Berlin 1968, S. 18. Übrigens hat Radbruch nicht das „Gerede vom Gemeinwohl“ als „Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“ gebrandmarkt, sondern die „Überparteilichkeit der Regierung“. Vgl. Gustav Radbruch, *Die Politischen Parteien im System des deutschen Staatsrechts*, in: Gerhard Anschütz und Richard Thoma (Hrsg.), a. a. O., Bd. 1, S. 289. Dieser klassische Radbruch-Topos wird oft verkürzt und nicht selten entstellt wiedergegeben. Siehe nur: Waldemar Besson/Gotthard Jasper, *Das Leitbild der modernen Demokratie*, München 1973³, S. 48: „Sachlichkeit aber ist nach einem berühmten Wort von Gustav Radbruch die ‚Lebenslüge des Obrigkeitsstaates‘.“

⁵⁸⁾ Peter Lösche, a. a. O., S. 79.

⁵⁹⁾ Ebenda, S. 80; bei diesem und dem vorherigen Zitat lehnt Lösche sich allerdings, ohne darauf zu verweisen, eng an andere Autoren an. Vgl. — für das erste Zitat — Gerhard A. Ritter, *„Direkte Demokratie“ und Rätewesen in Geschichte und Theorie*, in: Erwin K. Scheuch (Hrsg.), *Die Wieder-täufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen*, Köln 1968², S. 229, und — für das zweite Zitat — Udo Bermbach, *Das Scheitern ...*, a. a. O., S. 450.

⁶⁰⁾ Wilfried Gottschalch, *Modelltheoretische ...*, a. a. O., S. 94.

den idealisierten Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts gegen den Parteienbetrieb des Weimarer Staates ausspielt, so stellt Gottschalch dem Räte-system in der hochindustrialisierten Gesellschaft mit der Fähigkeit zu absoluter Überproduktion und zu gewaltiger Reduktion der Arbeitszeit den Parlamentarismus in der heutigen Zeit gegenüber. Damit vergleicht er Unvergleichbares miteinander.

Bezeichnenderweise nimmt Gottschalch kaum Bezug auf die 1918/19 erörterten Räte-modelle⁶¹⁾. Die Befürworter des Räte-systems, und das gilt nicht nur für Gottschalch, abstrahieren von historischen Problemen. Zum Teil enthüllt sich auch ein bedenklicher Mangel an historischen Kenntnissen. Unter Berufung auf Hannah Arendt vergleicht etwa Kurt Jürgen Huch die russische und die deutsche Entwicklung: „In beiden Fällen standen die parteipolitisch neutralen, radikaldemokratischen Räte gegen den Herrschaftsanspruch einer Partei, die sich als ‚Ordnungsmacht‘ verstand; in beiden Fällen unterlagen sie (auch in der Brutalität können sich Trotzki und Noske wohl messen).“⁶²⁾ Ganz abgesehen von der abwegigen politischen Bewertung: Die Fakten stimmen nicht. Die Räte waren nämlich keineswegs „parteipolitisch neutral“, auch und gerade nicht in der deutschen Revolution von 1918/19. So zeigen die Lokalstudien über den Verlauf der Revolution 1918/19, daß die beiden sozialistischen Parteien bei der Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte eine wichtige, wenn nicht die ausschlaggebende Rolle gespielt haben. In der Einschätzung der Räte als alternatives Reformpotential wird diese Tatsache nur unzureichend berücksichtigt. Auch setzen sich die wissenschaftlichen Vertreter der These vom „dritten Weg“ nicht mit der Auffassung auseinander, daß parlamentarische und räte-demokratische Regierungsweise unvereinbar sind, „da beide Systeme auf strukturell völlig verschiedenen Organisationsprinzipien beruhen und eine Doppelkontrolle von Verwaltung und Gesetzgebung auf die Dauer notwendig zu Konflikten und zur Ausschaltung oder Unterwerfung einer der beiden Institutionen führen müßte“⁶³⁾. Daß dieser Tatbestand erhebliche Konsequenzen für die Diskussion um den „dritten Weg“ 1918/19 hat, wird kaum erwähnt.

⁶¹⁾ Vgl. hierzu die Dokumente im Sammelband von Udo Bermbach (Hrsg.), *Theorie und Praxis der direkten Demokratie*, Opladen 1973, sowie Günter Hillmann (Hrsg.), *Die Rätebewegung*, Bd. I, Reinbek bei Hamburg 1971.

⁶²⁾ Kurt Jürgen Huch, *Alle Macht den Räten?*, in: *Neues Forum* 16 (1969), S. 432.

⁶³⁾ Gerhard A. Ritter, a. a. O., S. 230.

2. Propagierung der „Verrats“-These: Sebastian Haffner

Ende der sechziger Jahre kamen mehrere populäre Darstellungen zur Revolution 1918/19 heraus, deren Verfasser sich darin gefielen, die Handlungsweise der Sozialdemokraten in einer schwierigen Zeit verächtlich zu machen. Den Höhepunkt modischer Geschichtsklitterung stellte dabei die Arbeit des Publizisten Sebastian Haffner dar⁶⁴⁾. Nur auf sie sei hier näher eingegangen⁶⁵⁾. Die Studie Haffners, zuerst als Serie im „Stern“ und anschließend in Buchform erschienen, verdient vor allem wegen der breiten publizistischen Wirksamkeit ein erhebliches Interesse und ist auch für die Wirkungsgeschichte der gängigen Revolutionsthesen höchst aufschlußreich.

Haffner behauptet, die sozialdemokratische Führung habe die „sozialdemokratische Revolution“ verraten: „Sie ist mit äußerster, rücksichtsloser Gewalt niedergeschlagen worden, nicht von vorn, in ehrlichem Kampf: von hinten, durch Verrat.“⁶⁶⁾ Die sozialdemokratisch orientierten Revolutionäre erstrebten nach Haffner „keine Diktatur des Proletariats, sondern eine proletarische Demokratie: Das Proletariat, nicht das Bürgertum wollte fortan die herrschende Klasse sein, aber es wollte demokratisch herrschen, nicht diktatorisch. Die entmachteten Klassen und ihre Parteien sollten parlamentarisch mitreden dürfen, ungefähr so wie im Wilhelminischen Reich die Sozialdemokraten hatten parlamentarisch mitreden dürfen“⁶⁷⁾. Haffner ist offenbar die Problematik der Unterscheidung zwischen einer „proletarischen Demokratie“ und einer „Diktatur des Proletariats“ nicht bewußt. Wollten die sozialdemokratischen „Massen“ wirklich eine „proletarische Demokratie“? Ist dieser Begriff nicht ein Widerspruch in sich — es sei denn, man will bewußt vernebeln und die Vorstellung suggerieren, eine „proletarische Demokratie“ dürfe getrost gegen „Klassenfeinde“ auch diktatorisch vorgehen?

Kennzeichen seiner Darstellung — und in dieser Schärfe kaum in kommunistischen Werken anzutreffen — ist seine hysterische Polemik gegen die Führung der Sozialdemokratie, insbesondere gegen Friedrich Ebert, den er geradezu mit pathologischem Haß⁶⁸⁾ verfolgt. Im

⁶⁴⁾ Vgl. Sebastian Haffner, Die verratene Revolution in Deutschland 1918/19, Bern—München—Wien 1969.

⁶⁵⁾ In der Tendenz ähnlich, freilich weniger polemisch: Wolfgang Malanowski, November-Revolution 1918. Die Rolle der SPD, Frankfurt/M.—Berlin 1968.

⁶⁶⁾ Sebastian Haffner, a. a. O., S. 214.

⁶⁷⁾ Ebenda, S. 213.

⁶⁸⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die — u. a. auf Sebastian Haffner gemünzten — treffen-

verzerrt gezeichneten Bild Eberts finden sich die bekannten Klischees der Rechtskräfte aus der Zeit der Weimarer Republik; sie sind nur leicht modifiziert durch die Beförderung vom Sattlergesellen zum Handwerksmeister, „bescheiden-würdig im Umgang mit vornehmer Kundschaft, wortkarg und herrisch in seiner Werkstatt“⁶⁹⁾. Ebert erscheint als der Typ des unangenehmen Radfahrers, nach oben katzenbuckelnd und nach unten tretend. Von derartigen Invektiven⁷⁰⁾ und anderen gehässigen Unterstellungen⁷¹⁾ her kann es nicht mehr überraschen, wenn Haffner suggeriert, Ebert sei ein Vorläufer⁷²⁾ des Nationalsozialismus⁷³⁾.

den Bemerkungen von Peter-Christian Witt, Friedrich Ebert. Parteiführer — Reichskanzler — Volksbeauftragter — Reichspräsident, Schrift der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1971, S. 23: „... der nur noch als pathologisch zu bezeichnende Haß; mit dem historisierende Publizisten der Bundesrepublik Ebert verfolgen und seine Politik verleumdend, kann wegen der großen Breitenwirkung ihrer Bücher in der historisch-politisch interessierten Öffentlichkeit nur noch als verantwortungslos bezeichnet werden — und zwar sowohl in wissenschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. Diesen eifertigen, mit schneller Feder bewaffneten Plagiatoren gelingt es allzu häufig und allzu gut, komplizierte Sachverhalte und differenzierte, wohlabgewogene Urteile der gelehrten Forschung auf eingängige plakative Formeln zu reduzieren und damit auch zu verfälschen.“

⁶⁹⁾ Sebastian Haffner, a. a. O., S. 87.

⁷⁰⁾ Über Ebert heißt es: „Er war ein kleiner Dicker, kurzbeinig und kurzhalbig, mit einem birnenförmigen Kopf auf einem birnenförmigen Körper“. Vgl. ebenda, S. 87.

⁷¹⁾ Siehe Haffners personalistisch-psychologistische Deutung (ebenda, S. 215): „Es macht Ebert und Noske nicht sympatischer, daß sie keine Schurken großen Formats waren, sondern Biedermänner. Das Monströse ihrer historischen Tat findet keine Entsprechung in ihrem privaten Charakter. Wenn man nach ihren Motiven sucht, findet man nichts Dämonisches oder Satanisch-Großartiges, nur Banales: Ordnungsliebe und kleinbürgerliches Strebertum... Tiefer aber noch als die Ordnungspanik saß wohl in ihnen der Stolz des Kleinbürgers, der sich plötzlich zur großen Welt zugelassen — mehr noch, von der großen Welt zur Hilfe gerufen sieht... Sie opferten diejenigen, die ihnen folgten und vertrauten, freudig denen, von denen sie sich begönntert fanden. Das Scheußliche wurde mit treuherzig aufblückerndem Biedersinn getan.“

⁷²⁾ Vgl. ebenda, S. 172: „Was Ebert vorschwebte, war ja kein SS-Staat, sondern die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, gemeinsame Regierung der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Mitte, Ruhe, Ordnung und Wohlstandigkeit, ein Mittelstandsstaat, in dem es auch die Arbeiter gut haben sollten. Und um das zu schaffen, ließ er jetzt eine reiße Meute auf sie los, die bereits fast alle Züge der künftigen SA und SS aufwies, Männer, von denen manche später noch eine persönliche Rolle bei Hitlers Machtergreifung zu spielen hatten...“

⁷³⁾ Es ist kein Zufall, daß Haffner heute — modebewußt wie stets — auf der „Hitler-Welle“ mitschwimmt (vgl. Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München 1978) und sich bemüht, die

IV. Forschung der siebziger Jahre

Wie hat sich die Forschung in den Jahren von 1968 bis 1978 weiterentwickelt? Kontroversen blieben nahezu aus, und die These von der „verpaßten Chance“ gilt daher „gegenwärtig als ‚herrschende Meinung‘ der Forschung“⁷⁴⁾. Um dies zu belegen, erfolgt hier eine Auseinandersetzung mit drei Werken, die alle 1975 erschienen sind. Sie behandeln keine Spezialaspekte und sind charakteristisch für die Forschung in den jeweiligen Bereichen. Es handelt sich um einen Sammelband zur lokalen „Rätebewegung“ 1918/19, eine von der Kritik nahezu durchgehend als Standardwerk gewürdigte Studie über die Soldatenräte und eine Arbeit zum bisher vernachlässigten Problem der Rätetheorien 1918/19.

1. Sammelband zur lokalen „Rätebewegung“ 1918/19

Die Sammlung von Abhandlungen zur Geschichte der Revolution von 1918/19 an Rhein und Ruhr⁷⁵⁾ bezieht sowohl die Hochburgen als auch die Randzonen der revolutionären Ereignisse ein. Die regionalgeschichtliche Betrachtungsweise zur Revolution 1918/19, und davon legt auch dieser Band Zeugnis ab, ist höchst aufschlußreich. Sie steckt heute keineswegs mehr in den Anfängen⁷⁶⁾. In der Einleitung wiederholt Rürup seine Vorwürfe an die sozialdemokratische Führung, nicht die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Umformung im demokratisch-sozialistischen Sinne — mit Hilfe der Rätebewegung — genutzt zu haben. Für Rürup ist die Revolution „einer der wenigen Augenblicke in der deutschen Geschichte, in denen ein mündiges, politisch

„Leistungen“ (ebenda, S. 34—61) und „Erfolge“ (ebenda, S. 62—94) Hitlers herauszuarbeiten, der „sich nach 1933 als ein überaus tatkräftiger, einfallreicher und effizienter Macher erwies“ (ebenda, S. 35).

⁷⁴⁾ So Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche Revolution 1918—1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 368.

⁷⁵⁾ Vgl. Reinhard Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975.

⁷⁶⁾ Zur Regionalgeschichte vgl. beispielsweise Erich Kittel, Novembersturz 1918: Bemerkungen zu einer vergleichenden Revolutionsgeschichte der deutschen Länder, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 104 (1968), S. 42—108. Speziell zu Bayern siehe Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch: Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München/Wien 1969.

verantwortliches Volk den Versuch unternahm, die alten Unterdrückungsmechanismen zu zerstören und eine neue demokratische Gesellschaft — den sozialen ‚Volksstaat‘, wie man es damals gern nannte — zu verwirklichen“⁷⁷⁾. Mit dieser Idealisierung der Revolution verbindet sich ein Appell an die Sozialdemokratische Partei, ihre Einstellung zur Revolution, die bisher im Grunde auf verlegenes Beiseiteschieben hinausgelaufen sei, grundsätzlich zu überdenken und die Revolution bewußt in die Tradition der Partei zu integrieren: „Hinsichtlich der Revolution 1918/19 hat dieser Prozeß der Wiederentdeckung und Umwertung geradezu erst begonnen, es scheint jedoch möglich und nötig, daß auch ihr künftig ein zentraler Platz im demokratischen Geschichtsbild des deutschen Volkes eingeräumt wird. Eine der Grundvoraussetzungen dafür ist allerdings ein bereinigtes Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu ‚ihrer‘ Revolution“⁷⁸⁾. Diese Forderung berücksichtigt jedoch zu wenig die Tradition der Sozialdemokratie als einer im Kern evolutionären Partei und die damit zusammenhängenden Probleme einer positiven Einschätzung revolutionärer Entwicklungen.

Der Sammelband, der laut Herausgeber Rürup die Richtigkeit der bekannten Thesen zur Revolution unterstreichen soll, zeigt indes einen eigenartigen Widerspruch zwischen der den Räten zugeschriebenen Rolle als einer neuen, qualitativ anders strukturierten politischen Kraft einerseits und den tatsächlich von ihnen wahrgenommenen Funktionen andererseits⁷⁹⁾. So wird in dem umfangreichen Beitrag von Inge MarBolek⁸⁰⁾ über die Entwicklung in Dortmund — nur auf ihn sei hier eingegangen — eindrucksvoll das sozialdemokratische Übergewicht im Arbeiter- und Soldatenrat vorgeführt, demgegenüber der Einfluß der USPD kaum ins Gewicht fiel. Die Bildung des Rates war wenig demokratisch; es gab nicht die viel beschworene Spontaneität der „Massen“, da keine Wahlen stattfanden,

⁷⁷⁾ Reinhard Rürup, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), a. a. O., S. 16.

⁷⁸⁾ Ebenda, S. 16.

⁷⁹⁾ Vgl. auch die treffende Bemerkung von Kurt Koszyk, in: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 650: „Jedenfalls eignen sich die einzelnen Beiträge zu durchaus anderen Schlußfolgerungen, als sie vom Herausgeber sehr apodiktisch gezogen werden.“

⁸⁰⁾ Inge MarBolek, Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), a. a. O., S. 239—315.

sondern nur die Spitzen der sozialistischen Organisationen in den Rat entsandt wurden. Eine eigenständige Rolle dieser ausgesprochen gemäßigten lokalen Räteorganisation fehlt; im Gegenteil, ihre politische Haltung blieb ganz auf die Politik Eberts und Scheidemanns eingeschwenkt. Das „revolutionäre Potential“ zeigte sich erst in den Straßenunruhen Anfang Januar im Anschluß an die Berliner Auseinandersetzungen der Jahreswende. Sie ließen sich rasch eindämmen — mit dem Ergebnis, daß die scharfe Trennung von der USPD und der KPD weiter vorangetrieben wurde. Der schließlich nur aus Mehrheitssozialdemokraten bestehende Rat löste sich im März 1919 faktisch auf.

Diese Entwicklung, wahrscheinlich typisch für den Ablauf der Revolution in einer Vielzahl deutscher Städte, beurteilt die Autorin grundsätzlich negativ: Das „Machtvakuum in den Novembertagen“⁸¹⁾ sei nicht ausgenutzt, die Sicherheitswehr nicht zu einem „Instrument zur Sicherung der Revolution“⁸²⁾ umgestaltet und überhaupt das Ziel der „Demokratisierung von Verwaltung und Betrieben“⁸³⁾ mißachtet worden. Wenn demgegenüber als Alternative — neben dem Aufzeigen solcher „Versäumnisse“ — angeboten wird, die von radikaler Seite erhobenen Sozialisierungsforderungen zu verwirklichen, so läuft das auf die Behauptung hinaus, die 1919 enttäuschten Arbeiter wären bei der Mehrheitssozialdemokratie geblieben, hätte diese eine USPD-Politik betrieben und etwa die nachstehenden Forderungen erhoben:

„1. Demokratisierung am Arbeitsplatz (wobei letztlich die kollektive Leitung durch Arbeiter angestrebt wurde).

2. Kontrolle und Einblick in die gesamte Geschäftsführung.

3. Minderung, letztlich Aufhebung der Privatprofite.“⁸⁴⁾

Demgegenüber bleibt nur anzumerken, daß diese paradox anmutende Hypothese mehr mit der Einstellung der Autorin als mit der tatsächlichen Rolle des Dortmunder Arbeiter- und Soldatenrates im Jahre 1918/19 zu tun hat. Völlig zu Recht bezeichnet Wolfgang J. Mommsen derartige Konzeptionen, die weder der Sozialisierungsproblematik noch der wirtschaftlichen Lage gerecht werden, „in gewisser Hinsicht als naiv“⁸⁵⁾. Festzuhalten bleibt

daher: Der historische Befund, vorgeführt an einem so wichtigen Beispiel wie Dortmund, vermag nicht die These von der Rätebewegung als „dritten Weg“ zu stützen, da sie wohl postuliert, jedoch nicht untermauert wird.

2. Ulrich Kluges Arbeit über die Soldatenräte

Die Studie von Ulrich Kluge über die Soldatenräte⁸⁶⁾, die auf der Auswertung umfangreicher Literatur und der Erschließung zahlreichen Quellenmaterials⁸⁷⁾ beruht, stellt von der Thematik her das Pendant zu der Arbeit Kolbs dar, erreicht jedoch nicht ein vergleichbares Niveau⁸⁸⁾. Zugleich macht das Buch von Kluge deutlich, wie weit sich inzwischen die Schwerpunktverlagerung nach links vollzogen hat. Das kommt besonders klar bei der Behandlung des Sicherheitsproblems in linksradikal beherrschten Städten zum Ausdruck, wie etwa das Beispiel Hanaus erhellt⁸⁹⁾. Insgesamt neigt Kluge dazu, alle linksradikalen Aktivitäten herunterzuspielen, um seine These von den verpaßten Chancen untermauern zu können. Auch Kluge zählt das „Sündenregister“ der sozialdemokratischen Führung auf, die das Reformpotential einer demokratischen Rätebewegung nicht genutzt habe. Dabei konstruiert der Autor

⁸⁶⁾ Vgl. Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland, 1918/19, Göttingen 1975.

⁸⁷⁾ Trotz einer riesigen Literatur- und Archivaliste fallen bezeichnende Lücken auf. So wird z. B. die für Otto Wels und damit für die Organisation der Berliner Soldatenräte grundlegende Arbeit von Hans J. L. Adolph (Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894—1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971), die den Thesen Kluges erheblich zuwiderläuft, nicht einmal einer Aufnahme in das Literaturverzeichnis für wert befunden. Auch auf eine andere Weglassung sei hier hingewiesen: Über die Versammlung der Berliner Soldatenräte vom 28. November 1918, die unter chaotischen Bedingungen abließ und die Unfähigkeit dieser Räte zu politischem Handeln eindrucksvoll beleuchtet, gibt es bei Kluge, der darauf nur vage hinweist (S. 147), keine näheren Informationen. Dabei hat das Berliner Tageblatt am folgenden Tag einen umfangreichen Bericht veröffentlicht, der zudem nachgedruckt ist, in: Eberhard Buchner, Revolutionsdokumente. Die deutsche Revolution in der Darstellung der zeitgenössischen Presse, Bd. 1: Im Zeichen der roten Fahne, Berlin 1921, S. 380—387.

⁸⁸⁾ Vgl. dazu die Rezension von Henning Köhler, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 11 (1975), S. 537—541; siehe dagegen die Antwort von Kluges Doktorvater Reinhard Rürup, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 12 (1976), S. 150 f.

⁸⁹⁾ Vgl. Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte ..., a. a. O., S. 296 und Ulrich Kluge, a. a. O., S. 188.

⁸¹⁾ Ebenda, S. 254.

⁸²⁾ Ebenda, S. 255.

⁸³⁾ Ebenda, S. 296.

⁸⁴⁾ Ebenda, S. 290.

⁸⁵⁾ Wolfgang J. Mommsen, a. a. O., S. 381.

gleichsam eine Art revolutionäre Legitimation für die Kräfte des Umsturzes, die es gerechtfertigt hätte, vor der Wahl zur Nationalversammlung vollendete Tatsachen zu schaffen⁹⁰⁾.

Die Politik des Vollzugsrates bzw. die seiner linken, tonangebenden Mitglieder, die bisher aufgrund der Diskrepanz zwischen ihrem Anspruch, die oberste revolutionäre Instanz zu sein, und der (mangelnden) Fähigkeit, die von ihm präbendierten Aufgaben zu erfüllen, der Kritik nahezu aller Seiten ausgesetzt gewesen ist, beurteilt Kluge, der die „gewissenlose politische Kampagne“⁹¹⁾ gegen den Vollzugsrat beklagt, deutlich positiver. Die Frage, wie sich die Soldatenräte in die preußische Militärradition einfügten und in welchem Maße Anknüpfungspunkte für sie im preußischen Militärsystem existierten, behandelt Kluge nicht; ebenso weicht er dem Problem aus, ob es im Offizierskorps überhaupt oppositionelle, für einen radikalen Neuaufbau verwertbare Gruppierungen gegeben hat⁹²⁾.

Statt dessen wird gerade an den entscheidenden Punkten eine bezeichnende Tendenz zur Verwischung der Gegensätze offenkundig. Dies gilt etwa für die Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung und die Durchsetzung der Regierungsgewalt in Berlin gegenüber bewaffneten Einheiten der „Revolution“. Aus der breiten Palette der nach dem Umsturz gebildeten „revolutionären“ bewaffneten Organe, die von „Roten Garden“ oder Wachtrup-

pen sehr zweifelhaften, mitunter kriminellen Charakters bis zu disziplinierten und absolut zuverlässigen Sicherheitswehren reichte, konstruiert Kluge — nach dem Vorbild der einschlägigen DDR-Literatur⁹³⁾ — eine „Volkswehrbewegung“⁹⁴⁾, als ob die Vielzahl der — im Grunde Polizeifunktionen ausübenden — heterogenen Wacheinheiten, in einer „Bewegung“ zusammengefaßt, die Grundlage für ein neues Heer hätte bilden können. Ein so radikales Programm wie die auf dem Berliner Rätekongreß angenommenen Hamburger Punkte, die mit der Wahl der Offiziere durch die Mannschaften eine vollständige Revolutionierung und Umstrukturierung der Armee bedeutend hätten, stellt Kluge als praktikabel und durchaus annehmbar hin. Es besteht jedoch nicht der geringste Zweifel daran, daß dieses Programm erst nach einem erfolgreichen Bürgerkrieg hätte verwirklicht werden können, weil die erbitterte Bekämpfung derartiger Bestrebungen durch das Bürgertum im allgemeinen wie durch das Offizierskorps im besonderen eingetreten wäre.

3. Horst Dähns Werk über die rätedemokratischen Modelle

Da keine neuere Arbeit über die 1918/19 diskutierten Räte Modelle vorlag, wurde mit großer Erwartung einer einschlägigen Gesamtdarstellung entgegengesehen. Schließt nun die aus einer Dissertation entstandene Publikation von Horst Dähn⁹⁵⁾ diese Lücke? Die Antwort muß negativ ausfallen. Der Autor referiert ausgiebig die rätedemokratischen Modelle, analysiert sie jedoch nicht auf ihre Praktikabilität hin. Das ist jedoch die Voraussetzung, um eine Antwort auf die Frage zu erhalten, inwiefern denn die Rätetheoretiker 1918/19 überhaupt realitätsnahe Räte systeme diskutierten. Dähn versucht außerdem aufzuzeigen, in welchem Ausmaße die Rätewirklich-

⁹⁰⁾ Das Konzept der revolutionären Legitimation taucht schon auf bei Erich Matthias, Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19, Düsseldorf 1970, S. 28: „Es gab in der Tat nur eine einzige verfassungsrechtliche relevante (!, die Verf.) Legitimation, auf die das Kabinett zurückgreifen konnte; die Berufung auf das Recht der Revolution.“ Der Sozialdemokratie wird dagegen eine „seit langem ... kultivierte Art des legalistischen Denkens“ (ebenda, S. 29) vorgeworfen.

⁹¹⁾ Ulrich Kluge, a. a. O., S. 226.

⁹²⁾ Angesichts der aus der weitgehenden Homogenität des Offizierskorps sich ergebenden Schwierigkeit, Beispiele für Offiziere zu finden, die sich wenigstens im Ansatz für die „revolutionär-demokratische“ Bewegung verwenden lassen, wird der Kriegsminister Scheuch aufgrund seiner Auseinandersetzungen mit der Obersten Heeresleitung zu einer solchen „demokratischen“ Alternative stilisiert. Dies ist jedoch nur unter erheblichen Weglassungen möglich. So verschweigt Kluge Scheuchs Gegnerschaft zum Vollzugsrat wie überhaupt seine Ablehnung der Soldatenräte, die aus dessen Abschiedsgesuch vom 15. Dezember 1918 eindeutig hervorgeht (vgl. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepfer, Bd. 3, Berlin o. J., S. 509 f.). Von dem Abschiedsgesuch selbst ist bei Kluge nirgendwo die Rede.

⁹³⁾ Hier sind in erster Linie zu nennen: Heinz Oeckel, Die revolutionäre Volkswehr 1918/19, Berlin (Ost) 1968 und Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems. November 1918 bis April 1920, Berlin (Ost) 1971.

⁹⁴⁾ An anderer Stelle umreißt Kluge die Bedeutung dieser „Bewegung“, wenn er der Revolutions- und Räteforschung die Aufgabe stellt, „die Volkswehrbewegung als einen Hauptbestandteil der Rätebewegung noch mehr herauszuarbeiten und ihr im lokalen und regionalen Rahmen wissenschaftlich Profil zu geben.“ So Ulrich Kluge, Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), a. a. O., S. 320.

⁹⁵⁾ Vgl. Horst Dähn, Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918—1919, Meisenheim am Glan 1975.

keit bis zum Frühjahr 1919 Einfluß auf deren politische Konzeption gewonnen hat, wobei er seine empirische Untersuchung allerdings auf Württemberg, Baden und Bayern beschränkt. Sein ambitionöser Anspruch steht in einer beträchtlichen Diskrepanz zum Ergebnis, fehlt doch eine Verklammerung der beiden Ebenen. Der Verfasser räumt selbst ein, die rätetheoretische Diskussion sei von der Praxis — jedenfalls bis zum Frühjahr 1919 — kaum befruchtet worden.

Kennzeichnend für Dähns Einstellung ist seine Typologisierung der Räte. Die Systematisierung Kolbs in „demokratische“ und „radikale“ Räte verwirft er. Statt dessen differenziert er zwischen Rätekonzeptionen systemüberwindenden Charakters — zu ihnen rechnet Dähn die Modelle der KPD und der linken USPD — und Rätekonzeptionen systemerhaltenden Charakters — hierzu zählen die der rechten USPD und der linken SPD —, wobei sein Wohlwollen unverkennbar dem ersteren Typus gehört: „Gerade die Räteexperten der linken USPD sowie des Spartakusbundes bzw. der KPD erstrebten die Errichtung einer breiten — nicht nur den staatlich-politischen, sondern auch den ökonomischen Bereich — miteinbeziehenden demokratischen Ordnung...“⁹⁶⁾. Ironischerweise deckt sich jedoch die Typologie mit der von Kolb, obwohl er sie ausdrücklich ablehnt. Dähn wählt lediglich eine andere Terminologie und kommt zu einer konträren Bewertung. Denn gerade die „Verfassungsalternativen zum System der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie“⁹⁷⁾ — dies sind für Dähn die Rätekonzeptionen mit einem systemüberwindenden Charakter — apostrophiert Kolb als „undemokratisch“, weil sie die Institutionalisierung eines Räte-systems auf Dauer anstrebten. Dähns Systematisierung ist also alles andere als neu oder gar originell.

Daß ein Räte-system für Teile der äußersten Linken 1918/19 lediglich ein taktisches Mittel zur Errichtung der Diktatur des Proletariats bedeutete, ignoriert Dähn; ebenso verzichtet er darauf, die (absurde) Kernthese der systemüberwindenden Rätekonzeption zu überprüfen, wonach eine Monopolisierung der legislativen, exekutiven und judikativen Gewalten nötig sei, um „der Wiederherstellung alter bürokratischer Apparaturen entgegenzuwirken“⁹⁸⁾. Die Arbeit enttäuscht wegen ihrer mangelnden intellektuellen Durchdringung der Rätetheorien und der politischen Implikationen. So bleibt Kolbs erfrischend klarem

Resümee nichts hinzuzufügen: „Angesichts der modisch linken Prämissen, die der Rätetypologie des Vf. zugrundeliegen, kann es nicht verwundern, daß die Rätekonzeption der äußersten Linken mit kaum verhüllter Sympathie referiert und nicht auf ihre Aporien hin untersucht wird. Wenn die kritische Durchleuchtung der Rätediskussion 1918/19 und der damals entworfenen Räte-modelle wirklich ein Desiderat ist, dann bleibt sie es auch nach dem Erscheinen dieses Bandes.“⁹⁹⁾

4. Ergebnis

Diese drei Arbeiten sind — um es noch einmal zu betonen — durchaus typisch für die gegenwärtige Forschung. Sicherlich gibt es Nuancen, ja Differenzen — Dähn beurteilt die äußerste Linke und deren Theorien viel positiver als etwa Kluge^{99a)} —, doch in der Regel zeigen die seit 1968 erschienenen Studien einen weitgehenden Konsens. Nach dieser Auffassung¹⁰⁰⁾ bestand 1918/19 keine reale Gefahr von links, wohl aber die Chance für tiefgreifende Reformen und eine fundamentale Demokratisierung von Bürokratie, Militär und Großindustrie. Es sei jedoch versäumt worden, das demokratische Potential der Arbeiter- und Soldatenräte für die Entwicklung einer sozialen Demokratie nutzbar zu machen. Die der Spontaneität der Arbeiterschaft mißtrauende SPD-Führung habe — mehr ordnungs- als erneuerungsbewußt — sowohl ihren Handlungsspielraum als auch die Offenheit der revolutionären Situation unterschätzt. Erst aus Enttäuschung über die Versäumnisse und Fehler der SPD-Führung (Abwürgen der Rätebewegung, weitgehender Verzicht auf Gesellschaftsreformen, Kooperationen mit den Freikorps) — und das ist die zentrale Kategorie, unter der die Kritiker die weitere Entwicklung betrachten — sei es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen wie überhaupt zur Radikalisierung der ursprünglich sozialdemokratischen Rätebewegung gekommen. Im Ausbleiben der sozialen Umgestaltung liege der Keim für die spätere Schwäche der Weimarer Republik und ihren Untergang. Die Frage stellt sich jedoch, ob diese Analyse einer realistischen Beurteilung standhält.

⁹⁶⁾ So Eberhard Kolb, in: Das historisch-politische Buch 24 (1976), S. 239.

^{99a)} Vgl. zur Auseinandersetzung mit Dähn Ulrich Kluge, Krisen des politischen und sozialen Wandels in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik. Bemerkungen zu jüngsten Beiträgen der neueren westdeutschen Revolutions- und Räteforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), insbes. S. 615—622.

¹⁰⁰⁾ Ganz typisch für diese Argumentationsrichtung Erich Matthias, Zwischen Räten ..., a. a. O., passim.

⁹⁶⁾ Ebenda, S. 470.

⁹⁷⁾ Ebenda, S. 471.

⁹⁸⁾ Ebenda, S. 474.

V. Einwände gegenüber der „herrschenden Lehre“

Die hier knapp skizzierten Grundpositionen der westdeutschen Forschung zur Revolution 1918/19 sind bisher — von sporadisch geäußerten Vorbehalten¹⁰¹⁾ abgesehen — auffallenderweise keiner grundsätzlichen wissenschaftlichen Kritik unterzogen worden. Im Anschluß an den Forschungsbericht seien daher einige Einwände formuliert. Sie sollen dazu anregen, die Kritik detailliert und umfassender fortzusetzen. Hier wurden lediglich „Stichworte“ geliefert. Mögen sie auch dazu beitragen, daß die Vertreter des „dritten Weges“ ihre Position überdenken und präzisieren.

1. Konstruktion einer „Rätebewegung“

Die demokratische Rätebewegung, von deren Existenz man bereits im Dezember 1918 auszugehen pflegt, ist in ihrer Eigenständigkeit und ihrer effektiven Rolle als Vertretung eines neuen demokratischen Potentials keineswegs nachgewiesen. Kann denn eine amorphe Vielzahl einzelner Räte mit sehr unterschiedlichen politischen Vorstellungen und einem „systemlosen Charakter“¹⁰²⁾ in der Summierung zu einer geschlossenen „Bewegung“ hochstilisiert werden?¹⁰³⁾ Das bloße Vorhandensein einer organisatorischen Gliederung, etwa auf regionaler Ebene, besagt angesichts der deutschen Organisationsfreudigkeit im allgemeinen und der von der Militär- wie Zivilbürokratie im Verlauf des Weltkrieges entwickelten Organisationsmanie im besonderen — für sich genommen — noch gar nichts. Hier gilt es zu belegen, daß die Organisationen tatsächlich die Funktionen ausgeübt haben, die man ihnen generell zuweist. Konnten sie wirklich eine effektive Vermittlungsfunktion zwischen der Basis und der Zentrale erfüllen?

Betrachtet man beispielsweise die Situation im Raume von Groß-Berlin, erfahren Überlegungen dieser Art keine Bestätigung¹⁰⁴⁾. Der

¹⁰¹⁾ Vgl. etwa Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1969¹, insbes. S. 15—32. Siehe vor allem die überzeugenden Ausführungen von Peter-Christian Witt, a. a. O., insbes. S. 41—54. Ferner wichtig: Gerhard A. Ritter, a. a. O., insbes. S. 227—231.

¹⁰²⁾ Gerhard Schulz, Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918—1945, Göttingen 1976, S. 30.

¹⁰³⁾ Hier ist an die zumeist stark konservativen Bauernräte zu erinnern. Ihre Rolle wurde bisher noch kaum untersucht. Vgl. allerdings Heinrich Muth, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 1—38.

¹⁰⁴⁾ Vgl. dazu auch Frauke Bey-Heard, Hauptstadt und Staatsumwälzung. Problematik und

Kampf gegen die Volksbeauftragten, der sich schon vor dem Jahresende 1918 in der Regel gegen die gewichtigeren Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie richtete, bedeutete stets die Auseinandersetzung mit der Reichsspitze bzw. der fortbestehenden Exekutivgewalt, wobei beide sozialistischen Parteien weder fähig noch gewillt waren, in den Ministerien mehr als eine symbolische Kontrolle zu installieren. Die Vielzahl der Räte im Groß-Berliner Raum spielte demgegenüber kaum eine Rolle. In Berlin hat es keine Initiativen der Räte von unten nach oben gegeben. Wo — so wäre weiter zu fragen — lassen sich nun die hier nicht anzutreffenden Anstöße, etwa aus der Provinz, von der Rätebewegung feststellen — nicht nur Anfragen einzelner Räte, sondern Aktivitäten und Anregungen, die sich aus der regionalen Zusammenarbeit von Räteorganisationen ergeben hatten und die zeigen könnten, ein Aufbau von unten nach oben im Sinne der postulierten Demokratisierung sei nicht nur eine Erwartung an die Zukunft gewesen, sondern habe tatsächlich bestanden und funktioniert? Auch Wolfgang J. Mommsen hat jüngst seine Skepsis gegenüber der These vom „demokratischen Potential“ der Räte zum Ausdruck gebracht. Er sieht sie „auf nicht eben sonderlich stabilen Grundlagen“¹⁰⁵⁾, fehlte den Räten doch sowohl die Macht als auch der Wille, die Demokratisierung voranzutreiben. Die These von der Möglichkeit des „dritten Weges“ kann erst dann überzeugen, wenn die Forschung die Räte aus ihrer schemenhaften Rolle herausholt und deutlich macht, wie sie die — behaupteten — verpaßten Chancen hätten verwirklichen sollen.

2. Verharmlosung der linksradikalen Bedrohung

Der Entwicklung in Berlin, d. h. der gradlinigen Radikalisierung in Richtung auf die Bürgerkriegssituation, ist entscheidende Bedeutung beizumessen, da in der Metropole die Gegensätze am schärfsten aufeinanderprallten und dadurch die tragenden Kräfte auf beiden Seiten am deutlichsten hervortraten. Daß die Hauptstadt für eine Revolutionsbewegung die Schlüsselrolle einnimmt, bedarf nicht der eingehenden Begründung. In Berlin war die Situation vergleichsweise überschaubar, herrschte doch ein erbitterter Kampf um die Macht

Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung, Stuttgart 1965.

¹⁰⁵⁾ Wolfgang J. Mommsen, a. a. O., S. 373.

zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und der radikalen Linken, der seit dem Umsturz die Verhältnisse prägte, auch wenn er nicht ständig zu spektakulären Auseinandersetzungen führte. Die radikale Seite verfügte dabei über ein beträchtliches Potential an z. T. bewaffneten Kräften, dem die Volksbeauftragten bis zum Jahresende, wie die Enttäuschung mit dem Kommando Lequis zeigte, kaum Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten. Diese Situation veranlaßte schließlich auch die Spartakisten dazu, die Machtfrage zu stellen, wobei sie freilich ihre tatsächliche Kraft überbewerteten.

Sicher läßt sich darüber streiten, ob Anfang Januar 1919 in Berlin ein Aufstand ausbrach; eine „planlose, zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen ausartende Demonstrationbewegung“¹⁰⁶⁾ waren die Unruhen jedenfalls auch nicht, vor allem, wenn man an die Intentionen ihrer Urheber denkt. Obwohl die Linksradi-kalen nicht einmal einen Aufstand in Szene zu setzen vermochten — dies hat übrigens auch schon Arthur Rosenberg mit beißender Ironie festgestellt —, verlor die Notwendigkeit, gegen den Aufruhr etwas zu unternehmen, deswegen nicht an Gewicht, berücksichtigt man die Folgen, die sich aus der Wehrlosigkeit einer Regierung in ihrer eigenen Hauptstadt ergeben mußten. Denn eine Regierung, die sich gegenüber disziplinlosen Soldaten als machtlos erwies, konnte ihre Autorität und Glaubwürdigkeit nach außen schwerlich behaupten.

Auch im Ausland, insbesondere in Frankreich, wurde die Zuspitzung der Situation in Berlin sehr ernst genommen und die „Partei Liebknecht“ als eine wirkliche Bedrohung eingeschätzt¹⁰⁷⁾. Die verbreitete Auffassung, es habe sich bei dem Entschluß zur resoluten Gegenwehr um eine isolierte, von mangelndem Überblick Eberts und seiner mehrheitssozialdemokratischen Kollegen getragene Entscheidung gehandelt, trifft daher keineswegs zu. Gewiß erwies sich der Rückgriff auf das alte Heer und die Freikorps als höchst problematisch. Doch dafür verantwortlich sind in erster Linie die Provokationen linksradikaler Kräfte, deren Aktivitäten die Vertreter des „dritten Weges“ häufig verharmlosten. Der Vorwurf, die Sozialdemokratie habe sich zu eng an die alten Gewalten angelehnt, bedarf folglich der Relativierung.

¹⁰⁶⁾ Reinhard Rürup, Probleme . . . , a. a. O., S. 44.

¹⁰⁷⁾ Dies geht klar sowohl aus der französischen Presse als auch aus den Regierungsakten hervor, Vgl. dazu in Kürze die Monographie von Henning Köhler über Frankreich und die Novemberrevolution.

Die neuere Forschung¹⁰⁸⁾ wendet sich zu Recht gegen den Begriff „Novemberrevolution“, weil er das revolutionäre Geschehen allzusehr auf die politische Umwälzung im November 1918 einengt. Sie unterscheidet vielfach zwischen einer ersten Phase (bis zur Wahl der Nationalversammlung), in der die Räte demokratische Forderungen erhoben, und einer zweiten (bis etwa Sommer 1919), die sich durch zunehmende Radikalisierung und Gewalttätigkeiten auszeichnete. Diese Phasenunterteilung wird jedoch der revolutionären Dynamik nicht gerecht. Tatsächlich hat es nämlich schon von Beginn der Revolution an beträchtliche sozialistisch-revolutionäre Strömungen gegeben, die sich keinesfalls mit einer „sozialen Demokratie“ zufriedengeben wollten.

3. Probleme einer Neuordnung

Gewiß, die bolschewistische Diktatur war nur eine entfernte Möglichkeit, aber aus der fehlenden akuten Bedrohung von dieser Seite kann nicht auf die Chance des dritten Weges einer demokratischen Rätebewegung geschlossen werden. Die Alternative zur schnellen Wahl der Konstituante und der Wiederherstellung der Staatsautorität lag vielmehr in der Entwicklung zu chaotischen Verhältnissen, zu denen es im Winter 1918/19 jederzeit kommen konnte. Man denke nur an die Folgen willkürlicher Eingriffe in das Transportwesen, wilder Sozialisierungen und von Plünderungen in größerem Maßstab. Tatsächlich hatten sich lediglich Ansätze derartiger Gefährdungen gezeigt; bei fortdauernder innerer Lähmung ließen sich verheerende Konsequenzen aber leicht voraussagen. Sehr richtig konzidiert daher Hans-Ulrich Wehler — dies tut übrigens auch Rürup¹⁰⁹⁾ —, grundlegende Reformen hätten nicht verwirklicht werden können, ohne „den Preis einer zeitlich schwer abschätzbaren Funktionshemmung in Kauf zu nehmen“¹¹⁰⁾. Dies ist eine akademisch-vornehme Umschreibung für die weitere Verschlechterung der Lage, die hier lässig in Kauf genommen wird. Was mußte die „Funktionshemmung“ in einem ausgehungerten Land nach vier Jahren Krieg bedeuten? Wäre die nichtsozialistische Mehrheit des

¹⁰⁸⁾ Vgl. etwa Reinhard Rürup, Probleme . . . , a. a. O., S. 19.

¹⁰⁹⁾ Vgl. Reinhard Rürup, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), a. a. O., S. 14: „... man wird nicht bestreiten können, daß eine energische Demokratisierung des Militärs, der Bürokratie und der Wirtschaft wahrscheinlich die Übergangsprobleme verschärft und die Versorgung und Sicherheit der Bevölkerung erhöhten Belastungen ausgesetzt hätte“.

¹¹⁰⁾ Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, Göttingen 1973, S. 223.

deutschen Volkes passiv geblieben, und hätten insbesondere die bürgerlichen Eliten tatenlos einer solchen Entwicklung zugeschaut? Vieles spricht dafür, daß in einem Bürgerkrieg die sozialistischen Kräfte, auch wenn sie vereint angetreten wären, den kürzeren gezogen hätten.

Die Zahl der zu bewältigenden Probleme war für die politisch Verantwortlichen 1918/19 Legion. Sie seien hier nur angedeutet: Demobilisierung des Heeres — Massenarbeitslosigkeit — Wiedereingliederung der Soldaten in das Wirtschaftsleben — Versorgungsschwierigkeiten — Abschluß eines Friedensvertrages — Aufrechterhaltung der Reichseinheit. Jedes dieser Probleme konnte bei unzureichender Lösung ungeahnte Folgen zeitigen. Schon deshalb kamen für die Sozialdemokraten tiefgreifende Veränderungen¹¹¹⁾ und weitreichende Eingriffe in — vergleichsweise — funktionsfähige Bereiche nicht in Frage. Wer die geübte Zurückhaltung vor allem auf den Immobilitismus und die Phantasielosigkeit der SPD zurückführt, verkennt den Grad der Schwierigkeiten¹¹²⁾. Im folgenden wird lediglich — exemplarisch — auf den Vorwurf eingegangen, die Demokratisierung der Verwaltung sei nicht in Angriff genommen worden.

4. Beispiel: Demokratisierung der Verwaltung

Wie hat man sich die Demokratisierung der Verwaltung¹¹³⁾ durch die Räte vorzustellen, eine durch ständige Wiederholung geradezu zur Selbstverständlichkeit gewordene Forderung? Die Wünschbarkeit ist verständlich, doch bringen ihre Befürworter kaum Argumente bei, die auch nur eine geringe Wahrscheinlichkeit für eine Realisierung aufweisen; es sei denn, man unterstellt die Identität

¹¹¹⁾ Trotz allem, und dies sollte nicht verschwiegen werden, hat der Rat der Volksbeauftragten beträchtliche Reformen durchgeführt (z. B. Einführung des Frauenwahlrechts und des Achtstundentages).

¹¹²⁾ Vgl. auch Peter-Christian Witt, a. a. O., S. 50, Anm. 59: „Arthur Rosenberg berichtete in seiner ‚Geschichte der Weimarer Republik‘ noch ziemlich ausführlich über diese Fragen, auch in DDR-Veröffentlichungen finden sich noch konkrete Angaben, während in neueren Darstellungen aus der Bundesrepublik zumeist nur festgestellt wird, daß sich hieraus sicherlich große und schwierig zu lösende Probleme für den Rat der Volksbeauftragten ergaben.“

¹¹³⁾ Zu dieser Problematik vgl. vor allem: Wolfgang Elben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965; Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965.

von Demokratisierung mit dem „revolutionären“ Recht der Machtausübung durch aktivistische Minderheiten. Auf welche Weise ist eine Bürokratie zu demokratisieren, die — trotz mancher Mängel im einzelnen — gerade auch im Krieg ihre Leistungsfähigkeit und Unbestechlichkeit unter Beweis gestellt hatte? Sollte die Mehrzahl der Beamten, die ihre Loyalität gegenüber dem neuen Regime zwar bekundet hatte, bei der aber eine konservativ-monarchische Gesinnung auch in Zukunft nicht ausgeschossen werden konnte, ein Berufsverbot erhalten?

„Wessen eigene politische Ordnungsvorstellungen stark mit obrigkeitstaatlichen Elementen durchsetzt sind“, meint Reinhard Rürup, „der wird die Forderung nach einer Demokratisierung der Verwaltung auch in der Revolution allenfalls in Einzelfragen berechtigt finden können.“¹¹⁴⁾ Es geht jedoch vor allem darum, inwiefern eine Demokratisierung der Verwaltung durch die Räte überhaupt *möglich* (nicht: *berechtigt*) gewesen ist. Bisher hat noch niemand bewiesen, ein halbwegs gleichwertiger Ersatz habe für die überkommene Verwaltung zur Verfügung gestanden¹¹⁵⁾. Sollte aber die „demokratische“ Gesinnung den Vorzug vor der Qualifikation erhalten, ist das Ergebnis leicht vorhersehbar, würde doch dann der sattsam bekannte Mechanismus ausgelöst, die Kritik mundtot zu machen und die Demokratisierung in ihr Gegenteil zu verkehren.

5. Außenpolitische Hindernisse

Waren von außenpolitischer Seite entscheidende Hindernisse für das Gelingen einer ebenso spannungsreichen wie langfristigen Demokratisierungsbewegung gegeben? Es ist so charakteristisch wie bezeichnend für die Revolutionsforschung, die außenpolitische Dimension nahezu völlig zu vernachlässigen, die Frage nämlich, welches Echo die deutsche Revolution bei den Siegermächten gefunden hat. Radikale Kräfte konnten im westlichen Ausland keineswegs mit Sympathien rechnen, da hier das parlamentarische System nicht ernsthaft in Frage gestellt, durch den Sieg über die monarchisch-konservativen Mittelmächte eher noch gestärkt wurde. Waren die

¹¹⁴⁾ Reinhard Rürup, Rätebewegung, a. a. O., S. 306.

¹¹⁵⁾ Vgl. auch Dieter Groh, Der Umsturz von 1918 im Erlebnis der Zeitgenossen, in: Hans Joachim Schoeps (Hrsg.), Zeitgeist im Wandel, Bd. II: Zeitgeist der Weimarer Republik, Stuttgart 1968, S. 19: „Ohne hier auf die Fragwürdigkeit des Begriffs Demokratisierung der Verwaltung einzugehen, soll erwähnt werden, daß ‚demokratische Kräfte‘ mit ausreichender Qualifikation in ausreichender Anzahl nicht vorhanden waren.“

Alliierten bereit — und dies ist eine zentrale Frage für die Beurteilung der (wirklich oder vermeintlich) verpaßten Chance des „dritten Weges“ —, ein radikal-sozialistisches, maßgeblich auf den Räten basierendes politisches System in Deutschland anzuerkennen? Unter den Alliierten spielte Frankreich aufgrund seiner militärischen Stärke und seines besonderen Interesses an der deutschen Entwicklung die wichtigste Rolle.

Die Untersuchung der französischen Deutschlandpolitik im Jahre 1918/19 ergibt ein aufschlußreiches Bild¹¹⁶⁾. Ohne sich direkt in die innerdeutschen Angelegenheiten einzumischen und durch entsprechende Bekundungen die Politik Eberts und der Volksbeauftragten zu stützen, was diese sehnlichst erwarteten und was die sozialdemokratische Presse gern ohne Begründung behauptete, betrachtete Frankreich die revolutionären Wirren unter einem besonderen Aspekt. Diese sollten die Voraussetzung dafür abgeben, die Rheinbundpolitik wieder aufleben zu lassen, um der katholischen Bevölkerung des Rheinlandes und Süddeutschlands mit der Angst vor dem „Bolschewismus“ die Trennung vom übrigen Deutschland schmackhaft zu machen. Natürlich hatte die französische Regierung mit den Räten nichts im Sinn: Sie dachte gar nicht daran, derartige Einrichtungen in der eigenen Besatzungszone hinzunehmen, sondern arbeitete mit den alten Behörden zusammen. Bis zum März 1919 hat sie darauf gehofft, die inneren Unruhen in Deutschland könnten ihr als Hebel dienen, die gewünschten Ziele durchzusetzen. Da die Volksbeauftragten diese Gefahr erkannten, trachteten sie danach, die revolutionäre Übergangssituation möglichst rasch zu beenden. Von der außenpolitischen Situation her — und hier wurde nur die Rolle Frankreichs angesprochen — fehlten also die Rahmenbedingungen, um politischen Experimenten in Form der Räte eine Chance einzuräumen. Vielmehr konnte auf diese Weise nur der Bestand des Gesamtstaates ernsthaft in Gefahr geraten.

6. Mangelnde demokratische Legitimität der Räte

Bisher wurden nur Argumente beigebracht, die gegen die Praktikabilität eines maßgeblich auf der Rätepolitik beruhenden „dritten Weges“ sprechen. Aber wäre ein „dritter Weg“ überhaupt legitim gewesen? Auch diese Frage ist zu verneinen. Denn wie sieht es eigentlich mit der demokratischen

Legitimation der Räte aus? Die „oft unter Zufallsbedingungen entstandenen“¹¹⁷⁾ Räte spielten keineswegs die unterschiedlichen Auffassungen der Bürger wider. So bezeichneten sich beispielsweise von den 488 Delegierten auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte 90 als Anhänger der USPD und lediglich 25 zählten sich zur DDP¹¹⁸⁾. Mitglieder des Zentrums fehlten ganz. Dies braucht nicht zu verwundern, da sehr häufig die örtlichen Instanzen der SPD und der USPD ihre Vertreter in die Räte entsandten. Die SPD hatte sich im Kaiserreich stets für ein demokratisches Wahlsystem ausgesprochen (Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts; Einführung des Frauenwahlrechts). Sollte sie sich jetzt plötzlich für die Räte stark machen und damit die umgekehrte Klassenprivilegierung einführen? Rätepolitik und parlamentarisch-demokratisches System ließen sich wegen der unterschiedlichen Strukturprinzipien nicht miteinander vereinbaren. Wenn die SPD schon frühzeitig die Räte entmachtete, so wurde, wie Bernbach zu Recht andeutet, „ihr Verhalten durch das Bewußtsein dieser Systeminkompatibilität mitbestimmt“¹¹⁹⁾.

Zudem: Mußte der sozialdemokratischen Führung die Räteidee nicht suspekt erscheinen — angesichts der Erfahrungen in Rußland, wo eine Minderheit unter geschickter Benutzung der Räte die Macht an sich gerissen hatte und sie diktatorisch ausübte? Daher war die Haltung der SPD nur folgerichtig, so schnell wie möglich demokratische Wahlen anzustreben.

Die Sozialdemokratie wehrte sich dagegen, vollendete Tatsachen zu schaffen, da ihr hierzu das Votum der Bevölkerung fehlte. Unter dem Druck der Regierungsverantwortung und in vollem Bewußtsein der ungelösten Probleme scheute sie vor einer Politik zurück, die ihre Kritiker nachträglich empfehlen. So hätte sie, meint Erich Matthias, den Versuch unternehmen sollen, „durch eine vorwärtsgerichtete Politik ihren Führungsanspruch gegenüber den bürokratischen und militärischen Instrumenten der Exekutive, den zentrifugalen Tendenzen des Föderalismus und den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Großmächten der Grundstoffindustrien und des Großgrundbesitzes zu manifestieren und, soweit es im Interesse einer von der großen Mehrheit des Volkes für selbstverständlich gehaltenen demokratischen Neuordnung lag, möglichst auch

¹¹⁷⁾ Gerhard A. Ritter, a. a. O., S. 228.

¹¹⁸⁾ Vgl. Walter Tormin, Zwischen Rätepolitik..., a. a. O., S. 93. Die Angaben weichen in der Literatur leicht voneinander ab.

¹¹⁹⁾ Udo Bernbach, Das Scheitern..., a. a. O., S. 457.

¹¹⁶⁾ Vgl. Henning Köhler, Grundlagen und Konzeptionen der französischen Rhein- und Deutschlandpolitik, in: Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg, Metz 1975, S. 59—87.

durchzusetzen“¹²⁰⁾. Aber was ist im Interesse „der großen Mehrheit des Volkes“? Die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung brachten keine sozialistische Mehrheit. Die USPD gewann lediglich 7,6 Prozent der Stimmen. Die Zentrumsparterie (19,7 Prozent) und die Deutsche Demokratische Partei (18,5 Prozent) erreichten zusammen etwas mehr als die SPD (37,9 Prozent). Der von Helga Grebing und auch anderen Vertretern des „dritten Weges“ erhobene Vorwurf, die SPD habe es abgelehnt, „revolutionäre Legitimität als Voraussetzung ihres Handelns anzunehmen“¹²¹⁾, kann nicht verfangen, da das Bekenntnis der SPD zur parlamentarischen Demokratie keineswegs von taktischen Erwägungen bestimmt war. Gerade deshalb zog sie sich ja den Haß der Kommunisten zu. Das Eintreten für die sofortige Wahl einer Nationalversammlung und das Engagement für die parlamentarische Demokratie bedeuteten jedoch durchaus nicht von vornherein den Verzicht auf sozialistische Maßnahmen.

7. Überbetonung der Weichenstellung von 1918/19

Für den Historiker — mit der nötigen Distanz und in Kenntnis dessen, was die spätere Zeit

an Unheil mit sich brachte — stellen sich die Ereignisse anders dar als für die Akteure. Wer die Weichenstellung der Jahre 1918/19 für eine restaurative Politik so scharf betont, unterliegt — zumindest tendenziell¹²²⁾ — der Gefahr, das Urteil über die Haltung der SPD 1918/19 vom schon baldigen Ende der Weimarer Republik her zu fällen und nicht mehr ausschließlich das Geschehen vom Jahr 1918/19 her zu bewerten¹²³⁾. Bezeichnenderweise hat auch Arthur Rosenberg in seiner 1928 publizierten „Entstehung der Weimarer Republik“, bei der das letzte Kapitel „Der Zusammenbruch“ lautet, die verpaßte Chance eines „dritten Weges“ noch nicht beklagt¹²⁴⁾. Die Behauptung, eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg hätte zu einer gefestigten Demokratie geführt und die nationalsozialistische Machtergreifung verhindert, ist genauso eine — weder zu beweisende noch zu widerlegende — Spekulation wie, beispielsweise, das Glaubensbekenntnis der „Kölner Schule“ und ihres Nestors Ferdinand A. Hermens: Deutschland wäre die nationalsozialistische Diktatur erspart geblieben, wenn das Parlament rechtzeitig ein Mehrheitswahlssystem eingeführt hätte¹²⁵⁾.

Zusammenfassung

Die Beurteilung des Revolutionsgeschehens 1918/19 hat im Laufe der letzten sechzig Jahre häufig gewechselt. Dies braucht nicht zu verwundern, hängt doch die Haltung zu den Ereignissen 1918/19 auch von der politischen Einstellung des Historikers ab. Nicht zuletzt bestimmt auch der Zeitgeist die Ergebnisse mit. Nachdem in den fünfziger Jahren die Sozialdemokratie von dem Vorwurf der revolutionären Umtriebe rehabilitiert wurde, begann sich Anfang der sechziger Jahre eine Richtung durchzusetzen, die die sozialdemokratische Führung um Ebert dafür verantwortlich

machte, die Chance für eine soziale Ordnung verspielt zu haben. Das demokratische Potential der Räte sei ebensowenig genutzt worden wie der zur Verfügung stehende Handlungsspielraum. Diese Auffassung prägt auch heute noch das Bild der Forschung.

¹²⁰⁾ Erich Matthias, Zwischen Räten..., a. a. O., S. 125.

¹²¹⁾ Helga Grebing, Friedrich Ebert. Kritische Gedanken zur historischen Einordnung eines deutschen Sozialisten. Schrift der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1971, S. 15.

¹²²⁾ Einem völligen Determinismus huldigen die Vertreter des „dritten Weges“ allerdings nicht.

¹²³⁾ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, a. a. O., S. 226: „Muß man nicht den Preis, den ein Neubeginn im Jahr 1918 gekostet hätte — die Ausschaltung der alten Führungsgruppen, die Funktionschwäche oder gar zeitweilige Funktionslähmung —, abwägen gegen die Opfer und Schrecken seit 1933? Wird nicht ein Ja zur Weimarer Lösung erkaufte mit der Hinnahme ihres Endes?“, siehe dagegen die

Deutung von Klaus Epstein, Drei amerikanische Studien zum deutschen Sozialismus, in: ders., Vom Kaiserreich zum Dritten Reich. Geschichte und Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein Leitfaden, Frankfurt/M. u. a. 1973, S. 76: „Blutvergießen, Chaos und Hungersnot, die aus solch einer Politik entstanden wären (ob nun erfolgreich oder nicht), hätten eine sogar noch schlechtere Grundlage für die Schaffung einer deutschen Demokratie abgegeben als jene, auf der die Weimarer Konstruktion dann errichtet wurde.“

¹²⁴⁾ Die Auffassung von Wehler, „eine ernsthafte Diskussion darüber (gemeint ist der „dritte Weg“ mit Hilfe der Rätebewegung, die Verf.) hatte sich nach 1928 ... als unmöglich erwiesen“ (so Hans-Ulrich Wehler, Einleitung, in: Arthur Rosenberg, Demokratie ..., a. a. O., S. 12), ist eine Legende, denn Rosenberg hatte 1928 offenbar noch selbst nicht an einen „dritten Weg“ gedacht.

¹²⁵⁾ Vgl. etwa Ferdinand A. Hermens, Demokratie oder Anarchie? Köln/Opladen 1968²; siehe die schroffe Gegenposition bei Hans Fenske, Wahlrecht und Parteiensystem. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt/M. 1972, insbes. S. 319—360.

Es liegen nämlich keineswegs, wie Ulrich Kluge meint, deutlich erkennbare Tendenzen vor, „das alte, bis in die Mitte der fünfziger Jahre vorherrschende Bild ... zu restaurieren“¹²⁶⁾. Eine Revision der herrschenden Richtung tut vielmehr not. Denn die Gefahr, daß ein beträchtlicher Teil der Forschung — im Bestreben, alte Legenden zu zerstören (Räte als Instrumente des Bolschewismus) — neue hervorgebracht hat (Räte als Garanten der Demokratisierung), ist keineswegs von der Hand zu weisen. Die „Wiederentdeckung der Räte“¹²⁷⁾ hat zu einer „Wiederauferstehung des Rätemythos“¹²⁸⁾ geführt. Die These vom „dritten Weg“ steht nämlich auf tönernen Füßen. Das Konfliktpotential, das sich — um nur einige Punkte zu nennen — durch die materielle Not, das stimulierende Vorbild der russischen Revolution und die militärische Niederlage angesammelt hatte, macht es wenig wahrscheinlich, daß die vorhandene Verbitterung und Aggressivität ohne gewaltsame Entladungen in einer demokratischen Rätebewegung hätte kanalisiert werden können.

Die Zurückweisung der (Wunsch-)Vorstellung vom „dritten Weg“ bedeutet jedoch keineswegs einen Rückfall in die Position der fünfziger Jahre. Weder waren die Räte überwiegend kommunistisch orientiert noch läßt sich die Politik der Mehrheitssozialdemokratie als in jeder Hinsicht glücklich und rühmend wert kennzeichnen. Das inzwischen von der Forschung bereitgestellte Quellenmaterial¹²⁹⁾ ermöglicht durchaus faktenerhärtete Kritik (z. B. Vertrauensseligkeit gegenüber der militärischen Führung; Unterschätzung der konservativen Herrschaftspositionen). Bei allen be-

rechtigten Vorwürfen an die sozialdemokratische Führung bleibt allerdings ihre Zwangslage zu berücksichtigen.

Unhistorische Ex-post-Konstruktionen halten einer näheren Prüfung nicht stand. Dies gilt sowohl für die Zeit nach dem Ersten als auch für die nach dem Zweiten Weltkrieg. Die These von der „verpaßten Chance“ des Winters 1918/19 hat eine augenfällige Parallele. Nach 1945, so heißt es häufig in neueren Publikationen, habe die Möglichkeit eines „dritten Weges“ jenseits von kapitalistischer Gesellschaft und kommunistischer Diktatur bestanden¹³⁰⁾. Wie sieht es mit der Beweiskraft aus? Um nur einen Punkt herauszugreifen: Genau wie die These von der „verpaßten Chance“ 1918/19 vernachlässigt die Konzeption des „dritten Weges“ nach 1945 die anti-kommunistische Prädisposition der Bevölkerung. Dabei hatte nicht so sehr die national-sozialistische Demagogie den Boden für den Antikommunismus bereitet, sondern vor allem die Politik der Sowjetunion und das Vorgehen der „Roten Armee“. 1918/19 gab es ebenfalls eine — weitverbreitete — Bolschewismusfurcht, auch und gerade bei der Sozialdemokratie¹³¹⁾, die sich in ihrem Handeln davon bestimmen ließ.

Letzte Gewißheit über den Versuch eines „dritten Weges“ 1918/19 wird allerdings kaum zu erreichen sein, weil die so demokratische wie verantwortungsbewußte Sozialdemokratie das Risiko scheute. Daher muß „die Frage, welche Erfolgchancen ein anderer, ein ‚dritter Weg‘ hätte bieten können, spekulativ bleiben“¹³²⁾. Im Gegensatz zur Mehrheit der Forscher, die sich mit dieser Thematik befassen, sind die Verfasser skeptisch, daß die Räte eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft hätten vorantreiben können.

¹²⁶⁾ So Ulrich Kluge, in: Historische Zeitschrift 225 (1977), S. 482.

¹²⁷⁾ Reinhard Rürup, Rätebewegung ..., a. a. O., S. 305.

¹²⁸⁾ Ernst Fraenkel, Rätemythos und soziale Selbstbestimmung. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte der deutschen Revolution, in: ders., Deutschland und die westlichen Demokratien, a. a. O., S. 69.

¹²⁹⁾ Vgl. etwa: Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19. Bd. 1: Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19. 12. 1918 — 8. 4. 1919, bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968; Bd. 2: Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19, bearbeitet von Eberhard Kolb und Klaus Schönhoven, Düsseldorf 1976.

¹³⁰⁾ Vgl. Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945—1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1970; noch simpler: Ernst-Ulrich Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration, 1945—1949, Frankfurt/M. 1975³.

¹³¹⁾ Vgl. Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903—1920, Berlin 1967. Lösche kritisiert allerdings die sozialdemokratische Bolschewismusfurcht. Dies ändert freilich nichts an der Tatsache ihrer Existenz.

¹³²⁾ Erich Matthias, Zwischen Räten ..., a. a. O., S. 129.

Revolution und Revolutionsalltag 1918/19 in Deutschland

I. Ansatz und Ergebnisse der neueren Revolutionsforschung

Revolutionen faszinieren, Revolutionsalltag schreckt: mit dieser Einsicht in die Phänomenologie „geschichtlicher Krisen“ formulierte Jacob Burckhardt in den ‚Weltgeschichtlichen Betrachtungen‘ die bürgerliche Absetzbewegung vom in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorherrschenden Revolutionspathos des Bürgertums¹⁾. Burckhardt steht für einen Revolutionspessimismus, der weiß, daß auf den „Hochzeitsstaat“ einer Krisis jeweils „böse Werkzeuge folgen werden“²⁾: „Bei weiterem Fortschreiten bringt eine jede große Krisis dasjenige ‚Soziale‘, wobei ihren idealistischen Begründern die Haare zu Berge stehen, nämlich die *Not* und die *Gier* mit ins Spiel, teils durch das Stillestehen des bürgerlichen Verkehrs, teils durch den verfügbar gewordenen Raub, teils durch Straflosigkeit.“³⁾

Es überrascht bei einem so breit abgehandelten Thema wie der deutschen Revolution von 1918/19, daß der Alltag dieser Revolution, d. h. ihre „bösen Werkzeuge“ vom November 1918 bis zum Frühjahr 1919, bisher kaum zum Ansatzpunkt einer systematischen Betrachtung von Revolutionsgeschehen und Revolutionschicksal genommen wurden⁴⁾. Fragt man

nach den Gründen, so ist an erster Stelle der Symbolwert dieser Revolution zu nennen. Sie war eine Zusammenbruchskrise im Zuge eines verlorenen Krieges, der mit großen Erwartungen begonnen worden war⁵⁾. Machtdeflation und Autoritätsverlust — Erscheinungen, die schon während des Krieges zu beobachten waren — drückten in den Novembertagen 1918 dem politischen Leben den Stempel auf. Leiteten die linksliberalen und sozialistischen Kräfte die Legitimität ihres Handelns aus ihrer Nichtverantwortung für den Kriegsausbruch ab, so begründete das rechte politische Kräftespektrum seine Aktivitäten nach 1918 mit der These von der Nichtverantwortung für die Kriegsniederlage. Die Revolution geriet in das Sperrfeuer politischer Polemik, eine Befrachtung, von der sich auch ihre historische Aufarbeitung nie hat freimachen können⁶⁾.

Die politischen Vorzeichen der Revolutionsforschung haben zwar gewechselt, doch das methodische Instrumentarium hat sich kaum geändert. Das hängt mit der eingerasteten Perspektive auf die im engeren Sinne politischen Aspekte und Entscheidungssituationen zusammen⁷⁾. Diese Sehweise hat Ergebnisse gebracht, doch es fragt sich, ob sie heute, in einer Zeit sich wandelnden Selbstverständnisses moderner Geschichtswissenschaft, noch voll befriedigen können⁸⁾. Die neuere For-

kalistischen Zuschnitts“ im Frühjahr und Sommer 1919 differenziert (vgl. S. 374 f.). Die „Zweite Welle“ der Revolution wurde von Bedürfnissen angestoßen, die Bedürfnisse des Alltags breiter Arbeitermassen waren: Arbeitszeit-, Lohn- und Subsistenzforderungen.

⁵⁾ Zum Zusammenhang von verlorenen Kriegen und Rätebewegungen vgl. die Bemerkungen von Lutz Niethammer, *Aktivität und Grenzen der Antifa-Ausschüsse 1945. Das Beispiel Stuttgart*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 22, 1975, S. 297—331.

⁶⁾ Vgl. Meyer, S. 158—161 (Rezeptionsgeschichte der Revolution).

⁷⁾ Vgl. Reinhard Rürup, *Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19*, Wiesbaden 1968; ders., *Einleitung zu: ders. (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19*, Wuppertal 1975, S. 7—38.

⁸⁾ Zur sozialgeschichtlichen Grundrichtung moderner deutscher Geschichtswissenschaft vgl. Jürgen

¹⁾ Jacob Burckhardt, *Weltgeschichtliche Betrachtungen. Über geschichtliches Studium, Darmstadt 1962*, S. 116—140 (Die geschichtlichen Krisen); vgl. Theodor Schieder, *Die historischen Krisen im Geschichtsd Denken Jacob Burckhardts*, in: ders., *Begegnungen mit der Geschichte*, Göttingen 1962, S. 129—162.

²⁾ Burckhardt, S. 127.

³⁾ Ebd., S. 129.

⁴⁾ Vgl. die umfangreiche Literaturzusammenstellung bei Georg P. Meyer, *Bibliographie zur deutschen Revolution 1918/19*, Göttingen 1977 (Arbeitsbücher zur modernen Geschichte; Bd. 5); hier vor allem die Kapitel ‚Soziale Bewegungen 1918/19‘ (S. 66—71); ‚Wirtschafts- und Sozialverfassung‘ (S. 128—131); ‚Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik‘ (S. 132—135); auch die jüngste Arbeit, Wolfgang J. Mommsens Studie über ‚Die deutsche Revolution 1918—1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung‘, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 4. Jg., 1978, S. 362—391, beschäftigt sich nicht explizit mit dem Revolutionsalltag. Dennoch wird die Problematik berührt, wenn Mommsen zwischen „revolutionären Bewegungen primär politischen Zuschnitts“ zu Beginn der Revolution und „sozialen Protestbewegungen syndi-

schung hat die Geschichte der deutschen Revolution von 1918/19 als die Geschichte einer versäumten Sicherstellung von Demokratie thematisiert⁹⁾. Sie hat die lange vorherrschende These korrigiert, daß während der Revolution die größte Gefahr von links gedroht habe und damit eine umfassende „Rehabilitierung“ der Rätebewegung eingeleitet. „Die Revolution von 1918/19 war“, wie einer der Anreger der neueren Revolutionsforschung, Reinhard Rürup, resümiert, „von einer breiten demokratischen Massenbewegung

— vornehmlich in der Arbeiterklasse, aber auch über sie hinausgreifend — getragen, deren Ziel eine freiheitlich-demokratische, in allen Bereichen der Gesellschaft fest verankerte Republik war. Es war einer der wenigen Augenblicke in der deutschen Geschichte, in denen ein mündiges, politisch verantwortliches Volk den Versuch unternahm, die alten Unterdrückungsmechanismen zu zerstören und eine neue demokratische Gesellschaft — den sozialen ‚Volksstaat‘, wie man es damals gern nannte — zu verwirklichen.“¹⁰⁾

II. Revolution als Gegenstand Historischer Sozialwissenschaft

Wäre die Entwicklungsrichtung der deutschen Revolution als eine so gradlinige anzusetzen, bliebe ein noch bittererer Nachgeschmack hinsichtlich ihres Scheiterns; in der kühlen Distanz Jacob Burckhardts formuliert: „Um relativ nur Weniges zu erreichen, wobei man fragt, wieweit es sich um Gewünschtes oder gar um Wünschenswertes gehandelt haben wird, braucht die Geschichte ganz enorme Veranstaltungen und einen ganz unverhältnismäßigen Lärm.“¹¹⁾ Eine gewisse Skepsis gegenüber der Annahme, daß es gleichsam eine Hauptstoßrichtung der Revolution mit einem weitgehenden Gleichklang der politischen Zielvorstellungen ihrer sozialen Träger-schichten gegeben habe, stellt sich besonders auch dann ein, wenn man diese Revolution zum Gegenstand einer Historischen Sozialwissenschaft zu machen versucht¹²⁾. In diesem Fall wäre das Problem der „Alternativen“ auf eine neue Weise anzugehen und ebenso das

der Markierung von politischen Verantwortlichkeiten. Revolution als Gegenstand Historischer Sozialwissenschaft — dies der Kern dieses Versuchs — bedeutet Aneignung und Ausmessen ihres *Alltags*.

Alltagswirklichkeit auf ihre Bedeutung für soziale Erfahrungen und Bedürfnisse hin zu untersuchen, ist ein gegenwärtiger Trend der Sozialwissenschaft¹³⁾. Der Blick richtet sich auf die Leiden und Freuden, Erinnerungen und Hoffnungen, die im Alltag der Menschen auffindbar sind und ihn prägen. Diese Diskussion ist auch für den Historiker wichtig¹⁴⁾. Denn eine Analyse der Alltagswirklichkeit in einzelnen Zeitabschnitten vermag die in ihnen anzutreffenden gesellschaftlichen Handlungsmuster geschichtlich einzuordnen — sowohl gesellschaftliche Aktion wie gesellschaftliche Apathie.

Auch für die deutsche Revolution 1918/19 kann es lohnend sein, Fragen nach der Sozialgeschichte des Alltags in dieser Revolution aufzuwerfen. Ihre ‚linke‘ wie auch ihre ‚rech-

Kocka, Sozialgeschichte. Begriff — Entwicklung — Probleme, Göttingen 1977; Reinhard Rürup (Hrsg.), Historische Sozialwissenschaft. Beiträge zur Einführung in die Forschungspraxis, Göttingen 1977.

⁹⁾ Vgl. die bei Meyer genannten Forschungen von Rürup und Eberhard Kolb; besonders Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972; Gerald D. Feldman, Eberhard Kolb, Reinhard Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917—1920), in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 13, 1972, S. 85—105; Karl Dietrich Erdmann, Die Weimarer Republik, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4,1, Stuttgart 1973⁹, S. 145—197.

¹⁰⁾ Rürup, Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 15 f.

¹¹⁾ Burckhardt, S. 125.

¹²⁾ Zum Perspektivenreichtum eines solchen Verfahrens vgl. Georg P. Meyer, Revolutionstheorien heute. Ein kritischer Überblick in historischer Absicht, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung, Göttingen 1976, S. 122—176 (Geschichte und Gesellschaft: Sonderheft; 2).

¹³⁾ Vgl. Elmar Weingarten, Fritz Sack, Jim Schenkein (Hrsg.), Ethnomethodologie. Beiträge zu einer Soziologie des Alltagshandelns, Frankfurt 1976; Thomas Leithäuser, Kapitalistische Produktion und Vergesellschaftung des Alltags, in: ders. und Walter R. Heinz (Hrsg.), Produktion, Arbeit, Sozialisation, Frankfurt 1976, S. 48—68; Alf Lüdtke, Alltagswirklichkeit, Lebensweise und Bedürfnissituation, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx-schen Theorie 11, Frankfurt 1978, S. 311—350.

¹⁴⁾ Vgl. Lüdtke, S. 314 f.; vgl. auch das Themenheft der „Sozialwissenschaftlichen Informationen für Unterricht und Studium“, 6. Jg., H. 4, Oktober 1977, über „Bedürfnisse, Erfahrung und Verhalten“; hier besonders die mustergültige Studie von Franz Brüggemeier, Bedürfnisse, gesellschaftliche Erfahrung und politisches Verhalten: Das Beispiel der Bergarbeiter im nördlichen Ruhrgebiet gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in: ebd., S. 152—159.

te' Auslegung haben eines ausgespart, worauf es ankommt: die gesellschaftsgeschichtliche Rekonstruktion von Bedürfniskontexten; ohne sie ist es kaum möglich, sowohl Klassen- wie Macht- und Herrschaftsverhältnisse adäquat zu erfassen. Von den zeitgenössischen Akteuren waren es nicht nur die politische Verantwortung tragenden Mehrheitssozialdemokraten, die den Bedürfnissen der handelnden Massen vermeintlich einen hohen Stellenwert

zuschrieben. In ihrem Versuch einer politischen Selbstvergewisserung formulierte auch Rosa Luxemburg: „Daß wir uns die tatsächlichen Tendenzen bewußt machen, auf die die geschichtliche Entwicklung abzielt, befreit uns keineswegs von der nötigen Einmischung in die eigene Gesellschaftsgeschichte ...“¹⁵⁾ Wo hat nun das ‚Einmischen‘ in die eigene Gesellschaftsgeschichte anzusetzen und welchen Ertrag vermag es abzuwerfen?

III. Revolutionsalltag im Spannungsfeld sozialökonomischer Vorgaben und politischen Handelns

Die Handlungsmuster der die Revolution ‚steuernden‘ politischen Kräfte und die Erwartungshaltungen der hinter ihr stehenden sozialen Gruppen müssen auf dem Hintergrund zentraler ökonomischer und politischer Vorgaben gesehen werden. Was den ersten Punkt betrifft, so warf die Zusammenbruchssituation des Krieges gravierende Probleme auf. Demobilisierung, Rekonstruktion der Friedenswirtschaft und Anpassung an die veränderten Bedingungen der weltwirtschaftlichen Beziehungen sind hier die entscheidenden Stichworte¹⁶⁾. Es mußten finanz- und wirtschaftspolitische Strategien für eine Situation entworfen werden, in der innerhalb einer Zeitspanne von nur wenigen Monaten sechs bis sieben Millionen Soldaten nach Deutschland zurückkehrten¹⁷⁾. Sie warteten auf ihre Eingliederung in den Arbeitsprozeß und glaubten nach dem durchlittenen Krieg ein Recht darauf zu haben. Doch ein Großteil der Arbeitsplätze war von Frauen besetzt. Auch nahmen die Industrien, die im Krieg stillgelegt worden waren, erst allmählich die Produktion wieder auf. Die Beschäftigungslage stellte bei Kriegsende die größte Herausforderung für das politische Management dar, vor allem auch deshalb, weil sie breite Bevölkerungsschichten in ihrer Existenz und Subsistenz unmittelbar betraf.

In nüchternen Zahlen spiegelt sich die ganze Schärfe des Problems. So ging die Industrie-

produktion von 1913 = 100 über 1915 = 67 auf 1918 = 57 zurück¹⁸⁾. Mit Recht kann man bei Kriegsende — die industrielle Leistung betrug nur noch 40 % des Standes von 1913 — von einem weitgehenden Zusammenbruch des Produktions- und Verteilungssystems sprechen. In dieser Situation eines prekären Ungleichgewichts zwischen Arbeitsplatzangebot und Arbeitskräftepotential hatte die Nahrungslage eine Verstärkerfunktion für den allgemeinen Problemdruck. Für 1918 veranschlagt man den Rückgang der pflanzlichen Produktion auf mindestens 30 %, den der tierischen Produktion auf etwa 60 %. Diese Daten verdeutlichen die ökonomische Umzäunung des Revolutionsalltags; sie machen den ganzen Umfang der damals vorhandenen und sich verschärfenden gesellschaftlichen Notlage vorstellbar.

Fragt man nach dem politischen Aufgreifen der durch die Kriegsniederlage geschaffenen Probleme, muß der Blick auf die politischen Kraftzentren in den Revolutionsmonaten geworfen werden. Den sichtbarsten Ausdruck fand die Revolution in den Novembertagen des Jahres 1918 in der Ausrufung der Republik und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den „Rat der Volksbeauftragten“, ein von MSPD und der links von ihr stehenden USPD paritätisch besetztes Gremium — Ebert, Scheidemann, Landsberg für die MSPD; Haase, Dittmann, Barth für die USPD. Diesem ‚revolutionären‘ Akt an der Regierungsspitze entsprach auf unterer Ebene die spontane Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Sie repräsentierten die Massenbewegung dieser Wochen. Allerorten wurden sie in den Novembertagen improvisiert; es gab

¹⁵⁾ Rosa Luxemburg, *Internationalismus und Klassenkampf*, Neuwied und Berlin 1971, S. 215, zitiert nach: Kurt Lenk, *Theorien der Revolution*, München 1973, S. 156.

¹⁶⁾ Vgl. Knut Borchardt, *Wachstum und Wechselagen 1914—1970*, in: Wolfgang Zorn (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 685 ff., besonders S. 696—703.

¹⁷⁾ Vgl. Hans Mottek, Walter Becker, Alfred Schröter, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß*, Bd. 3, Berlin (Ost) 1974, S. 230.

¹⁸⁾ Vgl. Borchardt, S. 696; dazu: Dietmar Petzina, Werner Abelshäuser, Anselm Faust, *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*, Bd. III, *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914—1945*, München 1978, S. 61 (Index der Industrieproduktion 1913—1944).

keine zentrale Steuerung. Die Soldaten wählen in den unteren Einheiten bzw. in den Garnisonen ihre Soldatenräte; in der Heimat wirkte der örtliche Soldatenrat in der Regel eng mit dem örtlichen Arbeiterrat zusammen. Beide Räte tagten gemeinsam und fungierten daher als „Arbeiter- und Soldatenrat“. Die Arbeiterräte gingen in größeren Städten meist aus Delegiertenwahlen in den Betrieben hervor; wo dies nicht der Fall war, resultierte ihre Zusammensetzung aus Verhandlungen zwischen den am jeweiligen Ort maßgebenden Partei- und Gewerkschaftsführern oder man wählte sie — so in kleineren Städten und Landgemeinden — in öffentlichen Versammlungen¹⁹⁾.

Ein Telegramm des Oberbürgermeisters von Hamborn an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 10. November 1918 gibt einen Eindruck von der Unmittelbarkeit politischen Engagements wieder, die für die Anfangsphase der Revolution typisch war: „Nach einer heute nachmittag hier stattgefundenen öffentlichen großen Versammlung, in welcher 15 Teilnehmer als Arbeiterrat gewählt worden sind, sind Versammlungsteilnehmer zum Rathaus gezogen und haben die Anerkennung des Soldaten- und Arbeiterrats als oberste Kontrollinstanz der Stadtverwaltung und die Aufhissung der roten Fahne auf öffentlichen Gebäuden verlangt. Dem Zwange nachgebend, habe ich mich auf Aufforderung, um Unruhen zu vermeiden und zum Besten der Bürgerschaft, hierzu bereit erklären müssen.“²⁰⁾ Zu Beginn der Revolution begegnet allerorten ein gesellschaftliche Sogwirkung entfaltendes politisches Selbstbewußtsein. Es prägt den Revolutionsalltag in dieser Phase, der sich als ein Alltag gesellschaftlicher und politischer Solidarität gerade jener Schichten darbietet, die bislang gesellschaftlich und politisch benachteiligt gewesen waren.

Das Verhältnis von Revolutionsregierung und den — zumindest im Anfangsstadium — die Revolution ‚regierenden‘ Räten ist ein sehr komplexes gewesen. Erst regional und lokal angesetzte Untersuchungen können hier die gebotene Differenzierung leisten²¹⁾. Es gab hinsichtlich des politischen Profils verschiedene Typen von Räten, die mit den jeweiligen sozialstrukturellen Bedingungen zusammenhängen (z. B. Bevölkerungsdichte, Urbanisierungs- und Industrialisierungsgrad). Eine Rätetypologie, die ebenso die Vorstellung vom ‚roten‘ Räteterror zu korrigieren beabsichtigt

wie die in der Rätebewegung anzutreffende revolutionäre Substanz zu gewichten gewillt ist, hätte hier anzusetzen. In dieser Abhandlung geht es nun nicht um ein politisches Aufrechnen von Alternativstrategien; vielmehr soll der Frage nachgegangen werden, in welcher Weise das Handeln der relevanten politischen Gruppen seine Legitimationsgrundlage in der Bedürfnissituation breiter Massen fand. Wenn auch Arbeits-, Nahrungs- und Wohnprobleme diese Situation am Ende des verlorenen Krieges prägten, so ist sie dennoch hierauf nicht zu reduzieren; es gab auch *politische Bedürfnisse*, das Verlangen, die lang verwehrt politische Mündigkeit endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Der spontane ‚Einstieg‘ breiter Massen in die Revolution dokumentiert dies.

Reinhard Rürup hat mit Recht auf die „kaum zu überschätzende Doppelaufgabe“ der Revolutionsregierungen hingewiesen²²⁾: Sie „hatten einerseits die Folgen des militärischen und politischen Zusammenbruchs zu bewältigen . . . und sie hatten andererseits die Ziele der Revolution zu verwirklichen, der sie ihr Mandat verdankten“. Die Regierung aus MSPD und USPD setzte schon zu Beginn der Revolution die Akzente. „Mit Gesetzeskraft“ erließ der Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 eine Verordnung, in der neben der Gewährleistung rechtsstaatlicher Grundsätze (Vereins- und Versammlungsfreiheit, Zensurannullierung, Religionsfreiheit usw.) Ausfallbürgschaften des Staates für so zentrale Alltagsprobleme wie Arbeit, Wohnen und Ernährung festgeschrieben wurden: „Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt . . . Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geordneten Volksernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.“²³⁾ Man würde sich an der Gesellschaftsgeschichte der

¹⁹⁾ Vgl. Meyer, Bibliographie, S. 163—186 (Regionale und lokale Darstellungen); Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet; Eberhard Kolb und Klaus Schönhoven (Hrsg.), Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19, Düsseldorf 1976 (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland, Bd. II).

²²⁾ Rürup, Probleme der Revolution, S. 24 f.

²³⁾ Zitiert nach: Gerhard A. Ritter und Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918 bis 1919. Dokumente, Frankfurt 1968, S. 96 f.

¹⁹⁾ Vgl. Feldman, Kolb, Rürup, Massenbewegungen der Arbeiterschaft, S. 94 f.

²⁰⁾ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 15279, B. 1.

deutschen Revolution ideologisch vorbeistehen — also in den ‚Fehler des Nichteinmischens‘ (Luxemburg) verfallen —, wollte man den Bezugspunkt einer solchen Politik in der Bedürfnissituation ihrer Adressaten nicht sehen. Hinter der Politik insbesondere der MSPD stand mehr als das ‚rechte‘ Kalkül einer Isolierung bzw. eines Niederknüppelns der Rätebewegung.

Die Verordnung vom November 1918 wurde praktische Politik. Schon am 13. November kam es zur Regelung der Erwerbslosenfürsorge²⁴⁾. Die Gemeinden wurden in die Pflicht genommen. Sie hatten ein Verfahren zu praktizieren — und das scheint unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten sehr wichtig zu sein —, das die Fürsorge für Erwerbslose deutlich von der traditionellen Armenfürsorge unterschied. Auch ist angesichts der katastrophalen Arbeitsmarktlage die Sicherstellung der Beschäftigung von Schwerbeschädigten in einer Verordnung vom 9. Januar 1919 in ihrer Wirkung kaum zu überschätzen²⁵⁾. Die extrem hohe Mobilität der Revolutionsmonate — nicht nur Soldaten kehrten aus dem Krieg zurück, sondern auch zwangsverpflichtete männliche und weibliche Arbeitskräfte in ihren Heimatort — machte das Wohnungsproblem zu einem besonders dringenden. Am 15. Januar 1919 führte eine Verordnung „für diejenigen Bezirke, in denen sich ein dringendes Bedürfnis nach Klein- und Mittelwohnungen in der Übergangszeit nach dem Kriege“ herausstellte, in denen also „obdachlose Familien“ unterzubringen waren, eine Wohnungszwangsbewirtschaftung ein²⁶⁾. „Eine verzweifelte Situation, wie sie noch niemals für ein Volk und für eine Regierung vorhan-

den gewesen ist“, so der Volksbeauftragte Dittmann in seinem Rechenschaftsbericht auf dem Reichsrätekongreß, wurde zu steuern versucht²⁷⁾.

Organisatorisch wurden die geschilderten Maßnahmen initiiert und verantwortet von dem am 12. November geschaffenen Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung. Sein Leiter, der ehemalige Chef der Kriegsrohstoffabteilung, Oberstleutnant Koeth, hatte das Vertrauen von Unternehmern und Gewerkschaften²⁸⁾. Koeth verlegte seine Aktivitäten auf „zwei große Aufgabengruppen“: *Versorgung des Volkes mit den dringenden Lebensbedürfnissen; Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*²⁹⁾. Er begriff seine Tätigkeit als „soziale Pflicht“, die vor allem auch deshalb geboten sei, „um die Revolutionsbewegung nicht leichtsinnig zu nähren“³⁰⁾.

Hat, so wäre an diesem Punkt zu fragen, die Revolutionsregierung sich nicht allzu ‚leichtsinig‘ den Effizienz garantierenden Kräften des alten Obrigkeitssystems überantwortet und es dabei versäumt zu sehen, daß eigene Politik nicht nur nach links abgegrenzt, sondern auch nach rechts durchgesetzt werden mußte?³¹⁾ Eine Antwort auf diese Frage ist nicht einfach. Es fällt jedoch auf, daß der Leiter des Demobilmachungsamtes selbst von den ihm gesetzten politischen Grenzen berichtet, die er nicht habe überschreiten können. Sie gestatteten nicht, so Koeth, „den starken Mann“ zu spielen. „Was bedeuten“, so schreibt er, „die weitestgehenden Befugnisse in einem Staate, in dem die Herrschergewalt weder über physische Gewaltmittel verfügt noch allseitig von den Beherrschten als verbindlich und notwendig anerkannt wird!“³²⁾

IV. Revolutionsalltag und Rätebewegung

Wenn von der geschilderten Problemlage her zu vermuten ist, daß die Politik des Rates der Volksbeauftragten zu beträchtlichen Loyalitätsgewinnen bei breiten Bevölkerungsschichten führte — auch die Ergebnisse der Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 und der Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung vom 26. Januar 1919 müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden —, so hat das allerdings weniger mit dem ererbten, politisch umstrittenen und gesellschaftlich weitgehend abgelehnten institu-

tionellen und personellen Instrumentarium dieser Politik zu tun, als mit ihrer Abfede-

²⁴⁾ Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. 11. 1918, in: Ritter u. Miller, S. 222 f.

²⁵⁾ Ebd., S. 227 f.

²⁶⁾ Ebd., S. 228 f.

²⁷⁾ Bericht des Volksbeauftragten Dittmann auf dem Rätekongreß über die Tätigkeit der Regierung, 16. 12. 1918, in: ebd., S. 204—206.

²⁸⁾ Vgl. Gerald D. Feldman, Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der deutschen Demobilmachung 1918/19, in: Hans Mommsen u. a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 618—636; ders., Economic and Social Problems of the German Demobilization 1918/19, in: Journal of Modern History, Bd. 47, 1975, S. 1—47.

²⁹⁾ Koeth über die ‚Aufgaben und die Organe‘ seines Amtes, in: Ritter u. Miller, S. 206—210.

³⁰⁾ Ebd., S. 208

³¹⁾ Vgl. Rürup, Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 16.

³²⁾ Koeth, zitiert nach Ritter u. Miller, S. 209 f.

rung durch die eigentlichen Organe der Revolution: die Räte. In den Anfangswochen der Revolution waren die Räte die entscheidende und gestaltende politische Kraft. Sie konstituierten sich vor allem als Kontrollorgane lokaler Bürokratien.

Es gab z. B. formelle Vereinbarungen zwischen Räteorganen und Gemeindeverwaltungen. So regelten am 11. November 1918 der Duisburger Arbeiter- und Soldatenrat und der Oberbürgermeister ihre Zusammenarbeit: „Zwischen der Stadtverwaltung Duisburg und dem Arbeiter- und Soldatenrat in Duisburg wird zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und zur Aufrechterhaltung der Geschäfte der Stadtverwaltung folgendes vereinbart:

1. Die Stadtverwaltung führt ihre Geschäfte bis auf weiteres in der bisherigen Weise fort. Der Arbeiterrat tritt ihr als beratendes Organ zur Seite. Zu diesem Zwecke ernennt der Arbeiter- und Soldatenrat einen Vollzugs-Ausschuß, den der Oberbürgermeister nach Bedarf oder auf Antrag eines Mitgliedes des Arbeiter- und Soldatenrates einladet.

2. Die Polizei-Exekutive wird durch die städtische Polizei-Verwaltung unter der Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates mit Hilfe des Bezirkskommandos ausgeübt.

Die Polizeibeamten werden wieder bewaffnet. Der Sicherheitsdienst wird von den städtischen Polizeibeamten und den Wachmannschaften des Arbeiter- und Soldatenrates ausgeführt. Die Polizeiverwaltung hat eine Erklärung zu erlassen, daß sie ihr Amt im Einvernehmen mit dem Soldatenrat führen wird. Die politische Polizei ist aufgehoben.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beantragt nachdrücklich bei der Stadtverwaltung die Bezahlung derjenigen seiner Unkosten, die im Interesse der Sicherheit und Wohlfahrt notwendig und nach Verständigung mit der Stadtverwaltung aus der Stadtkasse zu bewilligen sind. Drei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates sollen die Ausgaben mit der Stadtverwaltung vereinbaren.

3. Die Stadtverordneten-Versammlung und die städtischen Ausschüsse haben das Recht, ihre gesetzlichen Befugnisse bis auf weiteres auszuüben. Der Arbeiter- und Soldatenrat behält sich vor, die Ausführung etwaiger arbeitfeindlicher Beschlüsse zu verhindern.“³³⁾

Kontrolle war für die Arbeiter- und Soldatenräte nicht Selbstzweck, von bürokratischer Praxis abgelöstes Partizipationssymbol, son-

dern hatte ihre konkreten Gegenstände. Nicht zufällig nimmt die Regelung der Polizeiangelegenheiten den breitesten Raum ein. Man versuchte, über die Abschaffung der politischen Polizei und die politische Einbindung der Ordnungspolizei einen repressionsfreien Alltag zu gewährleisten, gerade auf dem Erfahrungshintergrund massiver Repression im Kaiserreich.

Die Arbeiter- und Soldatenräte rechneten auch, wie die Formulierung zeigt, mit der „Ausführung etwaiger arbeitfeindlicher Beschlüsse“. Sie wußten, daß der politische Alltag in der Revolutionszeit nicht nur von einer Aufbruchs-, sondern auch von einer bewußt geförderten ‚Versandungstendenz‘ beherrscht war. Stützpfiler der letzteren war die Bürokratie, die zwar mit den Arbeiter- und Soldatenräten Vereinbarungen traf, dabei aber, wie der Landrat des Kreises Essen schrieb, ein „hohes Maß von Selbstbeherrschung und Selbstverleugnung“ aufbringen mußte³⁴⁾.

Die bürokratischen und gesellschaftlichen Widerlager der Revolution führten auf seiten der Räte schon früh zu dem Versuch, gegenrevolutionären Ansätzen durch Mobilisierung des eigenen revolutionären Potentials zu begegnen. So faßte am 20. November 1918 die Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein folgenden Beschluß: „Von der Tatsache ausgehend, daß die Revolution erst begonnen hat und vom Proletariat bis zur Durchführung der Sozialisierung der Gesellschaft durchgekämpft werden muß, daß weiter anerkannte politische Zentralstellen nicht vorhanden sind und daß von den Stellen, die sich das Recht der Zentralgewalt anzueignen versuchen oder auch schon angeeignet haben, eine konterrevolutionäre Politik getrieben oder auf eine Versandung der Revolution hingearbeitet wird, stellt die Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein fest: Die ganze Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte. Das Ziel der Revolution ist, die Sozialisierung der Gesellschaft, die Überführung der Produktionsmittel aus den Händen weniger in den Besitz der Gesamtheit zu erwirken. Hierauf hat die heutige Macht mit allen Mitteln hinzuarbeiten, um so mehr, als das revolutionäre Proletariat, die Masse des Volkes, die Herbeiführung dieses Ziels erwartet und stürmisch verlangt. Jede andere Politik wird als eine gegenrevolutionäre Politik verurteilt und aufs schärfste bekämpft

³³⁾ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 15279.

³⁴⁾ Der Landrat des Landkreises Essen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, vom 30. November 1918, in: ebd.

werden. Die Politik der genannten unmaßgeblichen alten Regierungsstellen ist eine gegenrevolutionäre Politik und verfolgt den Zweck, das Volk um die Früchte seiner Opfer zu betrügen, den toten kapitalistischen Gesellschaftskörper zu galvanisieren. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben die Pflicht, auf die große Gefahr aufmerksam zu machen und die Volksmassen zum rücksichtslosen Kampf gegen diese Gegenrevolution aufzurufen. . . Die Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein werden keine Politik und keine Maßnahmen dulden, die geeignet sind, die Revolution in ihrem Lauf zu hemmen und das Volk um seine Rechte zu prellen. Den gegenrevolutionären Plan, die kapitalistische Gesellschaftsordnung vor der Sicherstellung der Ziele der Revolution durch eine Nationalversammlung zu retten, lehnen die Arbeiter- und Soldatenräte des Bezirks Niederrhein auf das bestimmteste ab. Nur die konsequente und restlose Durchführung der Revolution sichert den Sieg des Proletariats, Glück und Wohlbefinden des gesamten Menschengeschlechts!"³⁵⁾

In dieser Resolution tritt sehr stark die politische Seite der Rätebewegung hervor. Wenn Räte zum Alltag der deutschen Revolution 1918/19 gehörten, dann hatte das seinen Grund jedoch nicht allein in der Aufnahme politischer Bedürfnisse; Räte fanden vor allem deshalb breiten gesellschaftlichen Anklang, weil sie Alltagsorgen und Alltagsbeschwerden nicht außer acht ließen, sondern politisch zu verarbeiten suchten.

Man hat bisher fast ausschließlich die ‚Doppelaufgabe‘ der Revolutionsregierungen gesehen, weniger den Lösungsversuch dieser Doppelaufgabe, der durch die Rätebewegung unternommen wurde. Er soll hier beschrieben und erläutert werden.

Am 11. November berichtete z. B. der Landrat des Kreises Mettmann an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf: „In Vohwinkel und Haan hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle über die Gemeindeverwaltung übernommen. Gestern fand im hiesigen Kreishause eine Besprechung zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrate und mir statt, in der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie zur Sicherung der Lebensmittelversorgung vereinbart worden sind.“³⁶⁾ In einem anderen Bericht vom 21. November schrieb der Landrat von Kempen: „Kleineren Mängeln stehen ebenso große Vorteile gegenüber. Vor allen Dingen habe ich in den Arbeiter-

und Soldatenräten endlich die Organe, die mir anstelle der so oft beantragten aber nie bewilligten Hülfsgendarmen in der Unterdrückung des hier wie sonst nirgendswo blühenden Hamsterunwesens hülffreich zur Seite stehen. Mit einer Rücksichtslosigkeit, wie sie früher unbekannt war, ist man dem Unwesen zu Leibe gegangen und seiner auch endlich Herr geworden. Die Mitarbeit der Arbeiter- und Soldatenräte ist auch um deswillen ersprießlich, weil sie mit viel größerem Eifer als manche durch den ewigen Widerstand schon etwas zermürbte Beamte arbeiten und weil sie bei der Bevölkerung nicht den Widerstand finden, mit dem der Beamte während des ganzen Krieges zu kämpfen hatte.“³⁷⁾

Diese Beispiele sind nicht willkürlich gewählt. Es gab in der Anfangsphase der Revolution einen weitgehenden Gleichklang zwischen Regierungs- und Rätepolitik. Der ‚Nicht-Widerstand‘ der Bevölkerung gegenüber den Räten erklärt sich aus der Tatsache, daß diese es verstanden, auf soziale Bedürfnisse und Forderungen einzugehen. Lokale Politik hatte sich zu dieser Zeit nicht nur nach oben hin zu verantworten, sondern auch nach unten, d. h. gegenüber den betroffenen Menschen zu legitimieren. Denn hier, im lokalen Rahmen, wurden Sicherheits-, Arbeits-, Wohnungs- und Nahrungsfragen konkret.

In einer öffentlichen ‚Bekanntmachung‘ vom 26. November 1918 stellte sich der Düsseldorfer Arbeiter- und Soldatenrat als Garant der öffentlichen Sicherheit vor. Er griff das in der Revolutionszeit sich verschärfende Kriminalitätsproblem auf und wollte „Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit, insbesondere Gewalttätigkeiten, Raub, Plünderung, Wucher, Schleichhandel, Brandstiftung“ von „besonderen Gerichten des Arbeiter- und Soldatenrats in beschleunigtem Verfahren abgeurteilt“ wissen³⁸⁾.

Die Arbeiter- und Soldatenräte verloren in der Revolution nicht das aus den Augen, was jenseits der politischen Bewegungsrichtung der Revolution lag. Das waren die vom einzelnen konkret erfahrbaren Nöte des gesellschaftlichen Alltags. Die ‚Tätigkeitsberichte‘ lokaler Arbeiterräte in Württemberg belegen sehr eindrucksvoll die Verschränkung von Revolutionsalltag und Rätebewegung. Die „Tätigkeit“ etwa des Arbeiterrates in Vaihingen, einer Vorstadtgemeinde Stuttgarts, „begann damit, die immer schwieriger werdende Ernährung der Bevölkerung zu verbessern. Um eine bessere Versorgung mit Käse, Teig-

³⁵⁾ Ebd.

³⁶⁾ Ebd., Bl. 14.

³⁷⁾ Ebd., Bl. 130.

³⁸⁾ Ebd., Bl. 33.

waren, Marmelade zu erreichen, wurde der Arbeiterrat bei den Landesversorgungsstellen und dem Kommunalverband vorstellig. Eine bessere Kontrolle um Belieferung wurde zugesagt. Dann wurde der Gemeinde die Erlaubnis erteilt, Pferde schlachten und aushauen zu dürfen. Bezüglich besserer Versorgung und Erfassung der Milch wurden vom Arbeiterrat gemeinsam mit dem Bauernrat die nötigen Schritte getan. Es wurden die Kuhhalter aufgesucht und die Ställe kontrolliert. Mit dem Gemeinderat und einem Vertreter der Landesversorgungsstelle wurde verhandelt, um eine bessere Milchversorgung zu erreichen. Leider war bisher alle Tätigkeit zur besseren Versorgung mit Milch ohne greifbaren Erfolg. Besonders haben die Lieferungsorte ihre Lieferungsspflicht nicht erfüllt, so daß Vaihingen heute [Frühjahr 1919; D. B.] vor einer Milchnot steht und nur die Kranken, die Kinder und die alten Leute notdürftig mit Milch versorgt werden." ³⁹⁾

Die Wohnungsnot stand neben der Ernährungslage im Mittelpunkt der sozialfürsorglichen Aktivitäten der Räteorgane. In Blaubeuren engagierte sich der Arbeiterrat „mit vieler Mühe und Eifer“ in der Wohnungsfrage, „um die immer mehr auftretende Not zu lindern, was jetzt auch zum größten Teil gelungen ist, teils durch Einbauten, auch teils durch Verschiebung von kleinen Familien, welche zu große Wohnungen besessen haben, in kleinere Wohnungen, oder Zusammenlegen von verwandten Familien“ ⁴⁰⁾.

Die Arbeiter- und Soldatenräte waren in der Anfangsphase der Revolution Anlaufstelle für die breite Masse derjenigen, die mit der Organisation ihres, massiven Verelendungstendenzen ausgesetzten Alltags überfordert waren. „All die Mühseligen und Beladenen sehen uns als Allheilmittel an“ — diese Einschätzung des Arbeiter- und Soldatenrates Ravensburg vom Dezember 1918 trifft genau den Punkt ⁴¹⁾.

Im Produktionsbereich war das gravierendste Problem die Arbeitslosigkeit. Wie die Revolutionsregierung setzten auch die Räte hier an. Die Übertragung der Maßnahmen des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung in die gesellschaftliche Praxis gelang nur, weil die Räte „mit unzähligen Beratungen und Auskünften“ zu Hilfe kamen ⁴²⁾. Doch nicht nur dies. Es wurde z. B. in Vaihingen

„durch Verhandlungen mit verschiedenen Betriebsinhabern ... der achtstündige Arbeitstag und die gleiche Bezahlung wie bei der längeren Arbeitszeit durch Eingreifen des Arbeiterrates erreicht ... Bei der Neufestsetzung der ortsüblichen Löhne sowie der Festsetzung von Löhnen für die Notstandsarbeiter hat der Arbeiterrat mitgewirkt.“ ⁴³⁾

Um die Zusammenhänge zwischen Rätepraxis und Regierungspolitik in der Anfangsphase der Revolution in einer Formel auszudrücken, wird man sagen können, daß die Erfolge des Demobilisierungsamtes die Mobilisierung politischer Energien durch Räte voraussetzten. Sie waren durch ihre Kontrolltätigkeit der Garant dafür, daß Verwaltungsmaßnahmen an die Interessen der Betroffenen gebunden blieben, nicht versandeten oder gar in ihrer Intention verfälscht wurden.

Die Funktionen der Räte wurden von den Staatsbehörden auch in der Mittelphase der Revolution noch ausdrücklich anerkannt. So heißt es in einem gemeinsamen Erlaß des Preußischen Innen- und Finanzministeriums vom 1. Januar 1919: „Die Räte haben bei den Behörden, denen sie zugeteilt sind, eine fortlaufende Kontrolle auszuüben.“ ⁴⁴⁾ Auch wurde ihnen das „Recht“ zugestanden, „gegen Maßnahmen der Behörden vorläufig Einspruch zu erheben“. Zugleich aber werden in diesem Erlaß auch die Kompetenzgrenzen der Räte fixiert. Eingriffe in die Kassenverwaltung und die Rechtsprechung sollten unterbleiben, auch durften sie keine „Verwaltungsmaßnahmen fordern, die den geltenden Gesetzen zuwider laufen oder die geordnete und pünktliche Erledigung der Geschäfte zu hindern geeignet sind“. „Die vollziehende Gewalt steht nur den Behörden zu“, heißt es abschließend.

Die hier sichtbare Distanzierung der politischen Verantwortungsträger von der Rätebewegung hatte Gründe. Es gilt die Formveränderung der Räteorgane im Verlauf der Revolution zu sehen, eine Formveränderung, die sowohl ihr Sozialprofil wie ihre politische Willensausrichtung betrifft. Zu Beginn der Revolution war es keine Seltenheit, daß in den Arbeiter- und Soldatenräten auch Anhänger bürgerlicher Parteien saßen. So bestand z. B. nach Angaben der Behörden vom 29. November 1918 der Arbeiterrat in Cleve „überwiegend aus Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften und Bürgern. Wie hier bekannt,

³⁹⁾ Kolb u. Schönhoven (Hrsg.), Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg, S. 372.

⁴⁰⁾ Ebd., S. 369.

⁴¹⁾ Ebd., S. 365.

⁴²⁾ Ebd.

⁴³⁾ Ebd., S. 372.

⁴⁴⁾ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 15279, Bl. 276.

bekennen sich zwei Mitglieder zur gemäßigten sozialdemokratischen Partei.“⁴⁵⁾

Man bekommt das Räteproblem — das hat die neuere Forschung überzeugend herausgearbeitet — nur in den Griff, wenn man es auf den Entwicklungsablauf der Revolution bezieht. Eine Rätetypologie vermag Rätetypen zu bezeichnen, die den einzelnen Phasen der Revolution zugeordnet werden können. Bis zur Jahreswende 1918/19 war die Rätebewegung vor allem deshalb ein Kraftzentrum im Revolutionsgeschehen, weil es ihr gelang, Alltagsinteressen und Bedürfnissituationen breiter Massen als Bedingungsrahmen ihrer auf demokratische Durchformung von Staat und Gesellschaft abzielenden politischen Arbeit zu begreifen. Doch dieser Rückbezug auf den Alltag schwand in dem Maße, wie sich die Rätebewegung radikalisierte. Einher ging damit ein Verlust an gesellschaftlicher Resonanz, mit anderen Worten: „Was die Bewegung an Radikalität, zum Teil auch an revolutionärer Dynamik gewann, verlor sie an Breite.“⁴⁶⁾

Die aus dem linken Parteienspektrum sich ausklinkende Spartakusgruppe wurde zum bestimmenden Faktor der Rätebewegung an der Basis. Es wird noch darauf einzugehen sein, daß diese Entwicklung nicht allein auf dem Konto von Spartakus abgebucht werden kann, sondern auch von den politischen Entscheidungsträgern in der Revolution zu verantworten ist. Auf die sog. Radikalisierungsphase, an deren Beginn der „Spartakus-Aufstand“ Anfang 1919 steht, zu der aber auch die kurzlebigen Räterepubliken von Bremen und München zu zählen sind, mag die Entwicklung in Düsseldorf einige Schlaglichter werfen⁴⁷⁾. In den ersten Tagen des Januar übernahm hier

die Spartakus-Gruppe die „vollziehende Gewalt“⁴⁸⁾.

In einem Bericht des Regierungspräsidenten vom 18. Januar 1919 an das Preußische Ministerium des Innern heißt es: „An die Stelle des bisher von Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gebildeten Arbeiterrates ist ein rein spartakistisch zusammengesetzter Vollzugsausschuß getreten, der nunmehr unter dem Namen ‚Vollzugsrat des Arbeiterrates‘ seine Anordnungen erläßt“. Der Oberbürgermeister wurde abgesetzt und durch ein Vorstandsmitglied des Arbeiterrates ersetzt. Ebenso wurde die Stelle des Polizeidirektors einem Mitglied der „Spartakuspartei“ übertragen. Die Aktivitäten der Spartakusgruppe hatten einen extrem ‚politischen‘ Charakter, der durch die Revolutionsprogrammatische dieser ‚Partei‘, hier ist an die Gründung der KPD Anfang Januar zu erinnern, vorgegeben war. In bürgerliche und sozialdemokratische Presseorgane wurde ‚eingegriffen‘, Parteilokale der Zentrumspartei und der Demokraten wurden gefilzt, Mitgliederlisten ‚vernichtet‘ und mit großem Aufwand wurde Agitation gegen die Wahlen zur Nationalversammlung betrieben. Man muß die von den Behörden konstatierten „anarchischen Zustände“ zweifellos quellenkritisch werten; denn die alte Verwaltung war sicherlich kein unbefangener Beobachter. Doch der Streik von „Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten ... gegen die Spartakisten“ fand statt, und ebenso gab es die „blutigen Zusammenstöße“ des 10. Januar: Mehrheitssozialisten und Demokraten organisierten „Demonstrationsumzüge, bei welchen die überwältigende Mehrheit der Regierungsanhänger klar zutage trat“.

V. Politische und soziale Weichenstellung im Revolutionsgeschehen

Wo liegen nun die Gründe für diese Polarisierung und auch dafür, daß die Spartakusgruppe die Rätebewegung durchdringen und ihren an sozialer Demokratie orientierten Ansatz zum Verschwinden bringen konnte? Hier ist einmal an zentrale *politische* Entscheidungen und Weichenstellungen im Revolutionsgeschehen zu erinnern. Der eigentli-

che Einschnitt, der es gestattet, von einer ersten Phase der Revolution zu sprechen, war die vom ersten Rätekongreß abgesegnete Entscheidung, Wahlen zur Nationalversammlung für den 19. Januar 1919 auszuschreiben. Mit ihnen verband die MSPD die Hoffnung auf eine „sozialistische Mehrheit“, während ein so entschiedener Befürworter des reinen Räte-systems wie Ernst Däumig die „Zustimmung zur Nationalversammlung“ mit dem „Todesurteil“ für die „proletarische Demokratie“

⁴⁵⁾ Ebd., Bl. 118 f.

⁴⁶⁾ Feldman, Kolb, Rürup, Massenbewegungen der Arbeiterschaft, S. 98 f.

⁴⁷⁾ Zur anders gelagerten Entwicklung im Ruhrgebiet vgl. Peter von Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 6, 1958, S. 231—262.

⁴⁸⁾ Vgl. den Bericht des Regierungspräsidenten an das Ministerium des Innern vom 18. Januar 1919, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 15096, Bl. 13 f.

gleichsetze⁴⁹⁾. Aus den Wahlen sowohl zur Nationalversammlung wie zur preußischen Landesversammlung ging zwar die MSPD als stärkste Partei hervor; da die USPD mit ihrem Stimmenanteil jedoch völlig abfiel, ergab sich die Notwendigkeit einer Koalitionsregierung mit Zentrum und Liberalen. Dies war jene parteipolitische Konstellation, die schon am Ende des Kaiserreichs die politische Verantwortung getragen hatte. Die Revolution schien an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt zu sein.

Man wird die Enttäuschung über das Nichterlangen sozialistischer Mehrheiten in weiten Teilen der Arbeiterschaft sicherlich hoch veranschlagen müssen, gerade auch auf dem Hintergrund der sich in der Rätebewegung artikulierenden politischen Bedürfnisse. Erfahrbare wurde die Tendenzwende der Revolution vor allem aber im kommunalen Bereich. Hier war — wie geschildert — die Einflußnahme der Räte am stärksten gewesen, und hier hatten sie am nachdrücklichsten ihr Recht, Vorreiter revolutionärer Veränderung zu sein, geltend gemacht. Die Entscheidung für die Nationalversammlung war auch eine Entscheidung für die nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht zu wählenden Stadtverordnetenversammlungen. Diese Wahlen fanden Anfang März 1919 statt und brachten eine Verstärkung des bürgerlichen Trends. Die Kräfte, die sich in der Kriegsniederlage bewährt zu haben glaubten, sahen sich in der Gründungsphase der Weimarer Republik um ihre politische Gestaltungschance gebracht. Legalistisch hielten Arbeiter- und Soldatenräte den Amtsweg ein und erkundigten sich bei den Ministerialbehörden nach ihrem weiteren Schicksal. Die Behörden sahen in den Räten die Gefahr spartakistischer Anarchie, unfähig — und auch nicht mehr willens —, jene Entwicklung zu akzeptieren, die jenseits der Radikalisierung lag. Ein Bescheid des Preußischen Ministeriums des Innern an den Arbeiterrat in Ratingen vom 24. Mai 1919 betreffend das Kontrollrecht des Arbeiterrats bei der Stadtverwaltung: „Der Beurteilung sind nicht die früheren, unter anderen Umständen erlassenen Anweisungen, sondern die gegenwärtigen Verhältnisse zugrunde zu legen. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung aufgrund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts neugewählt worden und damit eine wesentliche Änderung gegenüber dem früheren Zustande eingetreten ist, könnte die Notwendigkeit einer Kontrolle der städtischen Verwaltung durch den Arbeiterrat nur in Übereinstimmung mit dieser in erster Linie zur Ausübung der Kontrolle berufenen und geeigneten Stadtverordnetenversammlung anerkannt werden. Die Richtigkeit dieser Auffassung ergibt sich nicht nur aus dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen, sondern auch aus der tatsächlichen Entwicklung, in deren Verlauf eine Reihe von Arbeiterräten nach den Neuwahlen der Stadtverordnetenversammlung von sich aus ihre Tätigkeit eingestellt haben.“⁵⁰⁾

Es gilt die Resignation zu sehen, die mit der Radikalisierung der Rätebewegung einherging. Die obersten politischen Instanzen versäumten es, gesellschaftliche Spontaneität für eine Neugestaltung der Gesellschaft zu nutzen. Auch der von Mommsen für das Frühjahr 1919 richtig beobachtete „syndikalistische Einschlag“ in den Aktionen der Arbeiterschaft hängt mit der Tatsache zusammen, daß es — im Unterschied zur Anfangsphase der Revolution — für gesellschaftlich breit gelagerte politische und soziale Bedürfnisse keine Anlaufstelle mehr zu geben schien.

Während der Rhythmus der politischen Entwicklung in den Revolutionsmonaten von Wahlterminen und Wahlvorgängen bestimmt wurde, gab es für die sozialökonomische Entwicklung eine zentrale Weichenstellung: das schon in der Endphase des Krieges vorbereitete Zusammenwirken von Unternehmern und Gewerkschaften. Es schöpfte ebenso revolutionäre Dynamik ab, wie es auf seiten der extremen Linken politischen Aktionismus freisetzte. Inhaltlich war die am 4. Dezember 1918 gegründete Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) durch das zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden am 15. November geschlossene Abkommen vorweggenommen⁵¹⁾. Folgendes wurde vereinbart: Anerkennung der Gewerkschaften als „berufene Vertretung der Arbeiterschaft“; Unzulässigkeit einer „Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen“; Kriegsheimkehrer sollten ein Recht auf die „Arbeitsstelle“ haben, „die sie vor dem Kriege innehatten“; das „Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit“ wurde unter Ausschluß von „Verdienstschmälerungen“ „für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt“.

Diese „Vereinbarung“ erlangte durch ihre Veröffentlichung im ‚Reichsanzeiger‘ am 18. November 1918 Rechtsqualität. Zentralen

⁴⁹⁾ Zitiert nach Ritter u. Miller, S. 306—312.

⁵⁰⁾ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 15279, Bl. 381.

⁵¹⁾ Beide Dokumente in: Ritter u. Miller, S. 214—218.

gewerkschaftlichen Forderungen der Vorkriegszeit war Rechnung getragen worden, doch Sozialisierung als Begriff und Sache blieb hintangestellt. Nur Betriebsräte wurden durch eine Verordnung des Vollzugsrates vom 23. November 1918 institutionalisiert, blieben aber auf die „Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten“ beschränkt⁵²⁾.

Wenn auch z. B. die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919 im Zusammenhang mit der ausgebliebenen Sozialisierung zu sehen sind, obwohl Sozialisierung hier durchaus auf jene „Erwartungen höchst unmittelbarer Art“ (Mommsen) bezogen werden muß, die in „eigenen, konkreten Erfahrungen“ (Brüggemeier) der Bergarbeiter wurzeln — Arbeitsbedingungen waren hier das Entscheidende —, so hat andererseits die Selbstrechtfertigung der Gewerkschaften doch auch ein Stück historischer Wahrheit für sich. Am 4. Januar 1919 hieß es im ‚Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands‘: „Gewaltige Ereignisse des letzten Jahres sind in einen ver-

hältnismäßig kleinen Zeitraum hineingepreßt worden. Drei Dinge sind es, die das deutsche Volk am dringendsten braucht: Frieden, Freiheit und Brot.“⁵³⁾ War diese Position eigentlich so unrealistisch, wenn man sich vor Augen führt, daß z. B. in Berlin der Preis von 1 kg Roggenbrot von 29 Pfennigen (Papierpfennigen) im Jahre 1914 auf 60 Pfennige (Papierpfennige) im Jahre 1919, der von 1 kg Rindfleisch von 176 auf 589 Pfennige (Papierpfennige) anstieg?⁵⁴⁾

Die Bedürfnissituation der damaligen Zeit muß, stärker als das bisher geschehen ist, zum Maßstab des politischen Handelns in dieser Zeit gemacht werden, freilich nicht in apologetischer, sondern unter Einbeziehung ihrer politischen Seite in kritischer Absicht. In diesem Zusammenhang wird man auch die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften zitieren müssen. Die Zahl der Mitglieder in den Freien Gewerkschaften stieg von rund 1,2 Millionen im Jahre 1917 auf rund 7,3 Millionen im Jahre 1919 und erreichte 1920 mit rund 8 Millionen ihren höchsten Stand in der Geschichte der Weimarer Republik⁵⁵⁾.

VI. Bedürfnissituation und Revolutionsweg

Wenn Jürgen Kocka die „strukturgeschichtlichen Bedingungen“ der deutschen Revolution 1918/19 in der Unfähigkeit des Staates gesehen hat, die „durch den Krieg verschärften Klassenspannungen“ zu meistern und „Ökonomie und Gesellschaft zu organisieren und zu integrieren“, so hat das Versanden dieser Revolution, d. h. ihre „fortschreitende Zurücknahme“ (Rürup) sicherlich seinen Grund auch in der Fähigkeit des Staates, Handlungsstrategien aus gesellschaftlichen Bedürfnissen heraus zu entwickeln und auf diese zu beziehen⁵⁶⁾. Dem Staat und den ihn tragenden politischen und gesellschaftlichen Gruppen ist im Revolutionsgeschehen eine soziale Sensibilität sicherlich nicht abzusprechen. Auch Kuczynskis ‚Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus‘ kommt um diesen Befund nicht herum. Zwei Zitate aus dieser

Darstellung: „Bei aller Bescheidenheit gegenüber den Erfolgen der Novemberrevolution, bei allem Zorn auf uns selber, die wir dem Fortschritt keine breite Gasse offenhalten konnten, bei aller unserer Wut auf die damals immer wieder siegreiche Reaktion, dürfen wir daher nicht so weit gehen, gewisse Erfolge nicht anerkennen zu wollen. Das ist um so notwendiger, als uns sonst jedes Verständnis für den ideologischen und organisatorischen Einfluß, den die Verräter der Rechten auf die Mehrheit der Arbeiterklasse in den Jahren bis 1932 ausübten, fehlen müßte.“⁵⁷⁾ Und an anderer Stelle: „Die gesellschaftliche Sphäre um die Arbeiterklasse war durch die Revolution ... eine andere geworden.“⁵⁸⁾

In erinnerter Erfahrung eines Bergmanns spiegelt sich, was das konkret bedeutete: „44 Jahre lang bin ich als Hüttenmann tätig gewesen und habe nur in den letzten Jahren nach 1920 die Vergünstigung eines Urlaubs kennengelernt. Selbst zu meiner Hochzeit durfte ich nur einen Tag der Arbeit fernbleiben, länger feiern war keineswegs möglich. Der Begriff irgendwelcher Wohlfahrtseinrichtung, die es

⁵²⁾ Vgl. ebd., S. 218—219; zum Stellenwert des Betriebsrätegesetzes vom 4. 2. 1920 in der „Sozialpolitik der Weimarer Republik“ vgl. Albin Gladen, Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Wiesbaden 1974, S. 91—103.

⁵³⁾ Zitiert nach Ritter u. Miller, S. 222.

⁵⁴⁾ Vgl. Petzina u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, S. 83 f.

⁵⁵⁾ Vgl. Gladen, S. 93.

⁵⁶⁾ Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914—1918, Göttingen 1973, S. 136.

⁵⁷⁾ Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin (Ost) 1966, S. 151.

⁵⁸⁾ Ebd., S. 160 f.

heute gibt, war uns Arbeitern überhaupt nicht bekannt. Erst nach der Revolution von 1918 konnte der Arbeiter seine Meinung freier äußern.“⁵⁹⁾

Die Sonde an Alltagsprobleme gelegt zu haben, macht die Überlegenheit der von der Mehrheitssozialdemokratie gestellten, wenn auch aufgrund mangelnden Selbstbewußtseins nur unzureichend geführten Revolutionsregierung gegenüber militanten Kritikern im linken Parteienspektrum (USPD und KPD) aus. Es wäre freilich zu einfach, diesen jegliches Gespür für die Nöte der Alltagswirklichkeit in jener Zeitspanne absprechen zu wollen. Doch — das zeigt z. B. das Schicksal der ‚Neunerkommission‘ im Ruhrgebiet — die radikale Linke nahm Bedürfnisse nur unter dem Aspekt wahr, ob sie der eigenen Schlagkraft nützten; sie nahm sie nicht ernst⁶⁰⁾.

Auf der anderen Seite wurde zwar politisches Handeln an Bedürfnissen orientiert, es blieb aber die *politische Sicherstellung von Bedürfnisbefriedigung* aus. Auch 1918 ließen sich soziale und ökonomische Bedürfnisse nicht folgenlos von den „Produktions-, Aneignungs- und Austauschverhältnissen und den mit ihnen verknüpften Interessenstrukturen“ (Lüdtke) isolieren. Ludwig Preller hat den Weg der Sozialpolitik in der Weimarer Republik nachgezeichnet, ein Weg, der von den „sozialpolitischen Regelungen“ der Revolutionszeit 1918

bis 1920 über den „neuen sozialpolitischen Anlauf“ der Jahre 1920 bis 1923, die Phase der „Sozialpolitik in der Schwebe“ (1924/25) bis zum „Abbau der Sozialpolitik“ (1928 bis 1933) führte⁶¹⁾. Es ist die Frage, ob dieser Weg, der wichtige Lebensadern der Weimarer Demokratie durchschneidet, auch dann so verlaufen wäre, wenn man das Kontrollpotential der frühen Rätebewegung genutzt hätte. Vielleicht wäre dies die gesellschaftliche Rückversicherung der politischen Demokratie gewesen.

Carl von Ossietzky gedachte 1928 der deutschen Revolution als einer „verspielten Revolution“. Sie sei nur ein „kurzes pathetisches Emporrecken“ gewesen, dem allzu schnell ein „Niedersinken in die Alltäglichkeit“ gefolgt sei⁶²⁾. Auf diese ‚Alltäglichkeit‘ sollte hier hingewiesen und das ‚pathetische Emporrecken‘ in ihrem Licht gesehen werden. Denn auch für diese Revolution gilt in hohem Maße, was Jacob Burckhardt den „Krisen unserer Zeit“ attestierte: „Sie sind vorwiegend bedingt durch die tägliche, nicht exzeptionelle, daher je nach Umständen aufregende oder abstumpfende Wirkung von Presse und Verkehr; sie haben einen zu jeder Stunde ökonomischen Charakter.“⁶³⁾

⁵⁹⁾ Vgl. Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.

⁶²⁾ Carl von Ossietzky, Deutschland ist ... (6. 11. 1928), in: B. Frei (Hrsg.), Carl von Ossietzky. Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1913—1933, Frankfurt 1972, S. 99 f.; zitiert nach: Meyer, Bibliographie, S. 7.

⁶³⁾ Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, S. 139.

⁵⁹⁾ W. Jonas, Erlebnisberichte der Mansfeld-Kumpel, Berlin 1957, S. 209, zitiert nach: Kuczynski, S. 160.

⁶⁰⁾ Vgl. Lüdtke, Alltagswirklichkeit, S. 340 f.

Berichtigung

Wegen eines technischen Versehens fehlte in der Zusammenfassung des Beitrages von Hartmut und Thilo Castner in B 44/78 eine Zeile im 2. Absatz. Richtig muß es heißen:

Bei der Ursachenerforschung dieser „Faschismusanfälligkeit“ von Teilen der Schuljugend wird nachgewiesen, daß neben einer mißglückten Entnazifizierung auch die Politische Bildung nach 1945 für diese Entwicklung verantwortlich zeichnet, weil sie die Erziehung zur Demokratie nicht nachhaltig genug mit einem offensiven Konzept gegen die nationalsozialistische Ideologie gekoppelt hat. Ferner stellen die Autoren Indizien, Fragen und Hypothesen zusammen, die andeuten, daß unter Umständen die massiv um sich greifende Konsumerziehung, die extensive Verwöhnung von Kindern im familiären Bereich und die gesellschaftlich gebilligte Verherrlichung von Gewalt und Grausamkeit bei jungen Menschen „Ich-Schwäche“ begünstigen, die ihrerseits faschistoide Wertmuster und Traditionen im Sinne eines Vorbildschemas und psychischen Halts nach sich ziehen kann. Es wird auch nicht verschwiegen, daß massenhafte Jugendarbeitslosigkeit und unsichere Zukunftsaussichten Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise der Weimarer Republik und deren Nährbodenfunktion für die faschistische Mentalität wachrufen müssen.

Die Einschätzung der Revolution 1918/19 hat sich im Laufe der Jahrzehnte stark gewandelt. Gaben in der Zwischenkriegszeit nationalistisch-konservative Kreise der Sozialdemokratie die Schuld am Ausbruch der Revolution, so kam es nach 1945 zunächst zu dem Konsens, es sei das Verdienst der Sozialdemokratie, durch ein Zweckbündnis mit den konservativen Kräften eine kommunistische Diktatur verhindert zu haben. Anknüpfend an das Werk Arthur Rosenbergs setzte sich mit Beginn der sechziger Jahre dann eine Richtung durch, die schwere Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie erhob: Diese habe die Offenheit der revolutionären Situation unterschätzt und das demokratische Potential der Arbeiter- und Soldatenräte für die Entwicklung einer sozialen Demokratie nicht genutzt. Der Keim für den baldigen Untergang der Weimarer Republik liegt nach dieser heute nahezu kanonische Geltung genießenden Auffassung in der gescheiterten Revolution von 1918/19.

Gegen die These vom „dritten Weg“ lassen sich jedoch gewichtige Einwände erheben. Arbeiter- und Soldatenräte mit höchst unterschiedlichen politischen Vorstellungen mußten zwangsläufig mit den Strukturen eines parlamentarischen Systems kollidieren, zumal schon frühzeitig radikale Tendenzen bei den Räten gegeben und akute Probleme zu bewältigen waren (z. B. Demobilisierung, Volksernährung usw.). Da die Räte weder über eine ausreichende Funktionsfähigkeit noch über eine genügende demokratische Legitimation verfügten, ist der Vorwurf an die sozialdemokratische Führung, eine große Chance vertan zu haben, wenig stichhaltig. Für den Historiker, der die unheilvolle Entwicklung kennt, stellen sich die Ereignisse anders dar als für die Akteure. Wer die Weichenstellung der Jahre 1918/19 so scharf betont, unterliegt der Gefahr, das Urteil über die Haltung der SPD vom schon baldigen Ende der Weimarer Republik her zu präjudizieren. Daß eine radikale Umwälzung nach dem Ersten Weltkrieg zu einer gefestigten Demokratie geführt hätte, ist lediglich ein Glaubensbekenntnis.

Dirk Blasius: Revolution und Revolutionsalltag 1918/19 in Deutschland

Die Abhandlung beschäftigt sich mit einem Thema, das die umfangreiche Forschung zur deutschen Revolution 1918/19 bisher kaum aufgegriffen hat: dem Revolutionsalltag. Es werden die in ihm anzutreffenden Sorgen und Nöte der Menschen behandelt, aber auch ihre Hoffnungen auf einen politischen Neubeginn nach der Kriegsniederlage. Wenn man das Revolutionsgeschehen und das Revolutionsschicksal 1918/19 in Deutschland richtig werten will, kann man nicht nur bei den politischen Entscheidungsprozessen ansetzen. Die Bedürfnissituation dieser Zeit muß, stärker als dies bisher geschehen ist, in den Blick genommen werden. Arbeits-, Nahrungs- und Wohnprobleme hatten einen starken Einfluß auf den Revolutionsablauf; es gab aber auch politische Bedürfnisse, das gesellschaftlich breit gelagerte Bestreben, die lange verwehrte politische Mündigkeit endlich Wirklichkeit werden zu lassen.

Bisher wurde die „Doppelaufgabe“ der *Revolutionsregierungen* stark betont, die in der Absicherung der revolutionären Errungenschaften und in der Bewältigung gesellschaftlicher Not bestand. Es gab aber auch einen Lösungsversuch dieser Doppelaufgabe durch die *Rätebewegung*; sie verstand es anfangs, politisches Handeln an politischen und gesellschaftlichen Bedürfnissen breiter Massen zu orientieren. Wie erfolgreich dieser Versuch war, wird hier beschrieben; auch werden die Gründe für sein Scheitern genannt.

Eine Sozialgeschichte des Revolutionsalltags vermag die Verantwortung für die „fortschreitende Zurücknahme“ der deutschen Revolution 1918/19 neu zu gewichten. Sie erkennt die Leistungen der politischen Verantwortung Tragenden aus der Bedürfnisperspektive der betroffenen Menschen an, deckt aber ebenso das Versäumnis einer politischen Sicherstellung von Bedürfnisbefriedigung auf. Hier lag die geschichtliche Chance der Rätebewegung. Sie wurde ihr genommen; z. T. aber nahm sich die Rätebewegung diese Chance auch selbst, indem sie im Verlauf der Revolution Alltagsinteressen und Alltagsbedürfnisse aus den Augen verlor.